

Reader des Herbststratschlags 2024

11. bis 13. Oktober 2024 in Frankfurt/Main



Inhaltsverzeichnis

1. Willkommen beim Attac-Herbstratschlag 2024.....	3
2. Tagesordnung Herbstratschlag 2024.....	3
3. Organisatorisches.....	5
3.1. Anfahrt.....	5
3.2. Verpflegung.....	6
3.3. Übernachtung.....	6
3.4. Entscheidungsfindung beim Ratschlag: Konsens und Mehrheitsentscheid.....	6
3.5. Wahlverfahren.....	9
3.6. Awarenessgrundlagen.....	9
3.7. Hinweise zum FLINTA*Mikrofon.....	11
4. FLINTA*Plenum.....	13
5. Alternativplenum.....	16
6. Berichte aus den Gremien.....	16
6.1. Bericht aus dem Koordinierungskreis.....	16
6.2. Bericht aus dem Rat.....	17
7. Vorschläge Attac-Herbstratschlag 2024.....	20
7.1. Vorschläge für eine Hauptkampagne.....	20
7.1.1. H1_Dachkampagne „Sozialen Zusammenhalt und eine ökologisch nachhaltige Zukunft sichern“.....	20
7.1.1.1. ÄA H1.1.....	21
7.1.2. H2neu_Attac Kampagne „Steuergerechtigkeit durchsetzen – Steuerprivilegien abschaffen“.....	22
7.1.3. H3_Entwurf Kampagnenvorschlag „Rohstoffenergiehunger stoppen!“.....	24
7.2. Vorschläge zur Änderung der Regelsammlung.....	26
7.2.1. R1neu_Änderung Delegiertenschlüssel Ratschlag.....	26
7.3. Weitere Vorschläge.....	27
7.3.1. V1_Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.....	27
7.3.2. V2_Teilnahme von Attac an den Protesten gegen die IAA 2025 in München.....	28
7.3.3. V3_Wissenschaftlichen Beirat einrichten.....	28
7.3.4. V4_Teilnahme am evangelischen Kirchentag 2025 in Hannover.....	29
7.3.4.1. ÄA_V4.1.....	29
7.3.5. V5_Unterstützung der Kampagne „AfD-Verbot jetzt!“ durch das gesamte deutsche Attac-Netzwerk.....	30
7.3.5.1. ÄA_V5.1.....	31
8. Kandidaturen für den Koordinierungskreis, Herbst 2024.....	32
8.1. Judith Amler – Süd.....	32
8.2. Julia Günther – Süd.....	34
8.3. Maria Wahle – Ost.....	34
8.4. Sonja Taubert – Nord.....	35
9. Kandidaturen für den Rat, Herbst 2024.....	36
9.1. Aaron Gerdes – Ost.....	36
9.2. Achim Heier – Nord.....	37
9.3. Anne Bergmann – West.....	37
9.4. Annette Schnoor – West.....	38
9.5. Brigitte Nestle – Süd.....	38
9.6. Carmen Junge – Mitte.....	39

9.7. Emilio Alfred Weinberg – MGO Dachverband kritische Aktionär*innen.....	40
9.8. Harald Porten – Süd.....	40
9.9. Hendrik Küster - Süd.....	41
9.10. Hugo Braun – MGO Euromärsche.....	41
9.11. Mechthild Kilian - Süd.....	41
9.12. Michael Schramm – Nord.....	42
9.13. Sophia Wagner – Süd.....	43
9.14. Thomas Eberhardt-Köster – West.....	44
9.15. Törk Hansen – West.....	44
9.16. Ulrike Paschek – Nord.....	45
9.17. Uta Lentföhr-Rathjen – Nord.....	45
9.18. Uwe Schnabel – Ost.....	46

1. Willkommen beim Attac-Herbstratschlag 2024

11.10. - 13.10.2024
Frankfurt/Main, Freie Waldorfschule

Der Vorbereitungsgruppe für den Attac-Herbstratschlag 2024 gehören an:

Annette Schnoor | Christiane Kühnrich | Frauke Distelrath | Helga Reimund | Jakob Migenda | Julia Günther | Mechthild Kilian | Tamara Hanstein | Thomas Eberhardt-Köster

2. Tagesordnung Herbstratschlag 2024

Stand: 26.9.2024, die Vorbereitungsgruppe behält sich bei Bedarf Änderungen der Tagesordnung vor

Freitag, 11.10.24

19.30 – 21.00	<u>Vortrag und Diskussion: <i>Tax the Rich, save Democracy?</i></u> <u>Referentin: Martyna Linartas</u>	Saalbau Gutleut, Rottweiler Str. 32
------------------	--	--

Samstag, 12.10.24

Uhrzeit	Aktivität	Raum
09.00 – 10.45	Datenschutzschulung; Schulung Cloudnutzung und Element	Gruppenraum
11.00 – 11.30	Begrüßung, Aktionen Frühjahr - Herbst 2024, Organisatorisches, Beschlussfassung der TO & Awareness	Großer Saal
11.30 – 13.30	Vorstellung aktuelle Attac-Kampagnen, Diskussion neue Kampagne inkl. Abstimmung, Austausch zu Kampagnenthemen (tw. in Kleingruppen)	Großer Saal, Gruppenraum
13:30 – 14:30	Mittagspause	
14:30–14:45	Fragen zu den Berichten von Koordinierungskreis und Rat	
14:45 – 15:45	Vorschläge	Großer Saal
15:45 – 16:45	FLINTA*-Plenum und Alternativplenum	Großer Saal
16:45 – 17:15	Kaffeepause	
17:15 – 18:30	Wahlen Teil 1	Großer Saal
18:30 – 19:30	Abendessen	Großer Saal
19:30 – 21:00	Wahlen Teil 2	Großer Saal

Sonntag, 13.10.24

Uhrzeit	Aktivität	Raum
10:00 – 11:00	In drei Minuten auf den Punkt und Bundesweite Arbeitszusammenhänge stellen sich vor inklusive Bericht der PG Energie	Großer Saal

11:00 – 13:00	Update Finanzen Attac, Abstimmung Haushalt 2025	Großer Saal
13:00 – 13:15	Feedback, Verabschiedung & Dankeschön	Großer Saal

3. Organisatorisches

3.1. Anfahrt

Adresse der Freien Waldorfschule Frankfurt:
Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.
Friedlebenstr. 52
60433 Frankfurt
www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen.

Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1 - 9, nicht S7), dann umsteigen
Hauptwache → U-Bahn Station Hühelstraße (U1, 2, 3, 8, 9)

Nach dem Ausstieg in Fahrtrichtung weiter in eine Unterführung laufen. In der Unterführung nach rechts wenden, „zurück laufen“, entgegen der Fahrtrichtung bis zur Friedlebenstraße. Dann links in die Friedlebenstraße einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebenstraße laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule.

Die Anmeldung befindet sich auf der linken Seite, 2. Seiteneingang.

Für Autos

Es gibt in sehr begrenztem Rahmen Parkmöglichkeiten (Anwohnerparken).
Parken auf dem Schulgelände ist nicht möglich.

Aufgrund der begrenzten Parkmöglichkeiten und der Diskussion um die Frage des motorisierten Individualverkehrs, bitten wir euch auf die Anreise mit PKWs zu verzichten und stattdessen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen.

Für Fahrräder

Fahrradparkmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

3.2. Verpflegung

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten könnt ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Wir bitten bei den Essenspreisen um eure Solidarität: Wegen der Inflation musste die Waldorfschule für diesen Ratschlag erneut die Preise erhöhen. Das wollen wir nicht 1:1 an euch weitergeben. Wir bieten wieder einen reduzierten Preis an für alle, die sich das Essen sonst nicht leisten könnten. Das geht aber nur, wenn die, die mehr tragen können, auch mehr tragen und den Solipreis bezahlen.

Samstagmittag und -abend: 6 € ermäßigt, 8 € regulär, 11 € Soli

Sonntagmorgen: 5 € ermäßigt, 7 € regulär, 9 € Soli

Am Sonntag gibt es für die Personen die in der Waldorfschule übernachten Frühstück, ab 8.30 Uhr. Bitte gebt bei der Online-Anmeldung an, ob ihr in der Schule übernachtet und Frühstück benötigt – ihr bezahlt (wie für Mittag- und Abendessen) vor Ort.

Achtung: Samstagmorgen können wir kein Frühstück anbieten. Es gibt aber Tee, Kaffee, Kekse und Riegel an unserer Cafeteria.

Beachtet bitte das Alkohol- und Rauchverbot auf dem Schulgelände!

3.3. Übernachtung

Die Übernachtung beim Frühjahrsratschlag ist in der Turnhalle möglich. Ausreichend Duschen und Toiletten sind in der Schule vorhanden. Für die Übernachtung in der Turnhalle benötigt ihr Isomatten, Schlafsäcke, etc.

Alle von uns gebuchten Räumlichkeiten in der Waldorfschule sind barrierefrei.

Bitte gebt auf dem [Anmeldeformular](#) an, ob und wann (eine oder zwei Nächte) ihr in der Schule nächtigen wollt.

Die Übernachtung ist bereits von Freitag auf Samstag möglich.

Freitagabend ist bis 23.00 Uhr eine Person da die euch reinlassen kann. Bei Problemen bitte kurz anrufen: 069 90028128

3.4. Entscheidungsfindung beim Ratschlag: Konsens und Mehrheitsentscheid

Es gibt zwei Entscheidungswege in Attac: Das konsensorientierte Entscheidungsverfahren und die Mehrheitsabstimmung. Grundsätzlich werden wichtige Entscheidungen auf dem Ratschlag wenn irgend möglich im vollen Konsens herbeigeführt.

Mehrheitsentscheidungen

1. Mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten werden Fragen der Geschäftsordnung, Verfahrensfragen, Protokoll, Finanzfragen und Haushaltsplan entschieden. Auch Personalwahlen werden nach dem Mehrheitsprinzip entschieden.
2. Stimmberechtigt sind bei Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich die Delegierten.

Konsensorientiertes Entscheidungsverfahren

1. Der Konsens gilt unter Einhaltung des Verfahrens zur Konsensfindung (siehe unten) für alle inhaltlichen Beschlüsse der Attac-Organe. Mit dem Konsensverfahren werden politische Grundsatzentscheidungen getroffen. Dies schließt alle Entscheidungen ein, bis auf: Finanzfragen, Haushaltsplan, Verfahrensfragen, Protokoll, Wahlen und Fragen der Geschäftsordnung.
2. Es gilt der Grundsatz: "Konsens ist nicht, wenn alle zustimmen, sondern wenn kein Veto eingelegt wird". Es wird grundsätzlich versucht, auf Konsens zu diskutieren. Das Veto ist Ultima Ratio, das heißt es soll nur eingesetzt werden, wenn man nicht damit leben kann, wenn Attac diese Entscheidung treffen würde und dann auch kein Mitglied von Attac mehr sein wollen würde.

Konsensabstimmung

- Die Konsensabstimmung erfolgt jeweils nach einer Debatte, bei der die verschiedenen Meinungen zu Wort kommen sollen und deren Modalitäten entsprechend des Verfahrens zur Konsensfindung (siehe unten) von der Moderation im Vorhinein festgelegt wurden oder abgestimmt wurden.
- Bei einer Konsensabstimmung ist es grundsätzlich möglich mit voller Zustimmung, Zustimmung mit Bedenken, Enthaltung, Dagegen oder Veto abzustimmen. Die Konsens-Abstimmung erfolgt, indem jede Stimmkategorie einzeln abgefragt wird oder unter Verwendung verschieden farbiger Karten gleichzeitig, wobei die Moderation die jeweils abgegebenen Stimmen zählt und diese im Protokoll vermerkt werden.
- Bei der Verwendung unterschiedlich farbiger Karten hat sich in Attac folgende Zuordnung etabliert:

- Grün: Volle Zustimmung
- Blau: Zustimmung mit Bedenken
- Weiß: Enthaltung
- Rot: Dagegen, aber Kein Veto
- Grau: Veto („Ich Verbiete“)

- Ein Vorschlag/Beschluss gilt als angenommen, wenn mehr positive (blau und

grün) als negative Stimmen (rot und grau) abgegeben werden und die Zahl derjenigen, die ein Veto einlegen wollen kleiner 10% ist, aber mindestens zwei Personen ein Veto einlegen. Wenn möglich sollten auch bei weniger als 10% Vetos nach einem Meinungsbild die Einwände vor der Entscheidung gehört werden.

- Bei mehr negativen als positiven Stimmen ist der Vorschlag/Beschluss abgelehnt.

- Bei mehr positiven als negativen Stimmen, aber einer Vetominderheit von mindestens 10% wird entsprechend dem Verfahren der Konsensfindung mit dem nächsten noch nicht durchgeführten Schritt weiter gemacht.

Verfahren der Konsensfindung

1. Zunächst wird eine moderierte Debatte durchgeführt (um z. B. den Inhalt eines Vorschlags zu diskutieren), wobei unterschiedliche Meinungen sowie Geschlechter gleichermaßen zu Wort kommen sollen. Bei dieser Debatte kann auch jederzeit durch Handzeichen ein Meinungsbild eingeholt werden. Am Ende eines zuvor mit einfacher Mehrheit festgelegten bzw. von der Moderation festgesetzten Zeitrahmens wird die Debatte zunächst abgebrochen und eine Konsensabstimmung erfolgt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens, ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

2. Bei fehlendem Konsens wird in der zweiten Stufe eine offene Gruppe gebildet, an der sich insbesondere die Kontrahent*innen der Debatte beteiligen. Diese Gruppe ("Konsensrunde" genannt) geht "in Klausur" und bemüht sich innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens einen konsensfähigen Kompromiss zu formulieren.

3. Dieser Kompromissvorschlag wird nach einer kurzen Debatte im Plenum mit allen Anwesenden als Konsensabstimmung abgestimmt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

4. Wird erneut kein Konsens gefunden, kann innerhalb der Minorität ohne Debatte eine Mehrheitsabstimmung durchgeführt werden, ob der Konsens – unter Einräumung der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen (bei Nennung der Prozentzahl der Minderheit) - dennoch akzeptiert wird oder nicht.

5. Ergebnis der Abstimmung:

- Der Konsens kann dennoch nicht akzeptiert werden. In diesem Fall ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. Es können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden.

- Der Konsens kann (bei Veröffentlichung des Minderheitenvotums) akzeptiert werden. In diesem Fall wird innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens der Inhalt des Minderheitenvotums zur Kenntnisnahme vorgelegt. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von Attac verabschiedet werden oder nicht.

Die komplette Regelsammlung von Attac könnt ihr [hier](#) aufrufen.

3.5. Wahlverfahren

Bei diesem Ratschlag kommt das erste mal unser im Frühjahr 2024 beschlossenes neues Wahlverfahren zum Einsatz. Wir werden jetzt alle Wahlen gemeinsam im Plenum durchführen und für alle Plätze treten Einzelpersonen an.

Damit die Regionen, Mitgliedsorganisationen und bundesweiten Arbeitszusammenhänge weiterhin alle eine Chance auf gleichmäßige Repräsentation haben, sind weiter Plätze für sie reserviert. Das heißt, es können beispielsweise weiterhin zwei Menschen aus dem Süden gewählt werden.

Damit wir schnell wählen können, machen wir die Wahlen der verschiedenen Wahlkreise eines Gremiums in einem Wahlgang. Für einen guten Überblick wird die Ratschlags-Vorbereitungsgruppe eine Übersicht aller Kandidaturen und wo sie jwl. antreten erstellen.

3.6. Awarenessgrundlagen

Was bedeutet für Attac Awareness?

Wir leben in einer Gesellschaft, die von ungleichen Machtverhältnissen geprägt ist. Menschen werden aufgrund bestimmter Merkmale bevorzugt oder benachteiligt, sowohl absichtlich als auch unbewusst. Kein Mensch ist frei von Vorurteilen und Diskriminierungen im Umgang mit Anderen.

Der Begriff „Awareness“ kommt aus dem Englischen: „to be aware“ und bedeutet:

achtsam, aufmerksam, sich bewusst sein und weiter gefasst: für gewisse Probleme sensibilisiert sein.

Awareness ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung stellt und andere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie z.B. rassistische, klassistische, sexistische, homo-, transphobe, ableistische*, oder vergleichbare Übergriffe werden nicht toleriert.

Bei Awareness geht es also darum, ein machtkritisches Bewusstsein für die eigene Position zu entwickeln, Diskriminierungen im Verhalten und in der Sprache zu erkennen oder aufzuzeigen und Veränderungen anzustoßen.

Awareness will mit allen an einer Attac-Veranstaltung Beteiligten

diskriminierungsfreie(re) soziale Räume herstellen, so dass die Veranstaltung möglichst angenehm für alle Beteiligten ablaufen kann und konstruktive Diskussionen und wertschätzender Umgang miteinander die Regel sind. Ziel ist es, aufmerksamer und respektvoller miteinander umzugehen, respektvoll zuzuhören und ausreden zu lassen. Und insbesondere in Diskussionen die eigenen Redeanteile zu reflektieren, sich zurückzunehmen und einfach mal kürzer zu reden.

Zuständigkeiten aller für Awareness - das Awarenesssteam

Awareness ist die Aufgabe aller am Attac-Netzwerk Beteiligten und kann nicht an eine spezielle Gruppe oder an einzelne Personen delegiert werden. Das Awarenesssteam kann lediglich ein respektvolles Verhalten und eine positive und achtsame Kommunikation fördern, indem es:

- von Menschen angesprochen werden kann, die in einer bestimmten Situation die Achtsamkeit nicht gewährleistet sehen oder machstabilisierende Verhaltensweisen sehen und
- zur Moderation Kontakt aufnimmt oder interveniert, wenn es den Eindruck hat, dass in einer Situation die Achtsamkeit fehlt oder Machtpositionen reproduziert werden.

Das Awarenesssteam besteht im Regelfall aus zwei Personen. Erkennbar am roten T-Shirt. Persönlich oder über Handykontakt (wird bekannt gegeben) können sich von Diskriminierung Betroffene an das Awarenesssteam wenden. Alles, was dem Team anvertraut wird, bleibt dort. Betroffene suchen gemeinsam mit dem Team nach einer Lösung, mit der sie sich bei der Veranstaltung wohlfühlen können.

Im Awarenessraum, der jeweils bekannt gegeben wird, geht das Awarenesssteam auf die dringendsten Bedürfnisse der Betroffenen ein - sei es ein Gespräch, ein Glas Wasser oder Ruhe und Abstand. Das Awarenesssteam selbst hat keine Sanktionsmacht.

NICHT zuständig ist das Awarenesssteam bei harten, aber fairen politischen Diskussionen.

Das Awarenesssteam übernimmt keine richtende Position.

Bei extremen Grenzüberschreitungen gilt das Hausrecht des Veranstalters.

Welche Möglichkeiten zur Intervention hat das Awarenesssteam?

Das RS-Awarenessteam stimmt sich bereits vor einer Veranstaltung mit dem Vorbereitungsteam und der Moderation ab, steht während des Treffens mit diesen in Kontakt und trifft sich mit ihnen zur Nachbereitung.

Das RS-Awarenessteam ersetzt nicht die Rolle der Moderation, für eine achtsame Kommunikation während der jeweiligen Veranstaltung zu sorgen. Für die Kommunikation zwischen Awarenesssteam und Moderation ist ein Handykontakt eingerichtet.

Welche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für Awareness?

Allen Teilnehmer*innen muss klar sein, welche Regeln bei Attac wann gelten. Deshalb werden sie im Internet auf der jeweiligen Veranstaltungsseite veröffentlicht und zu Beginn der Attac-Veranstaltung wird noch einmal darauf hingewiesen.

Um das Awarenesssteam, aber insbesondere die Moderator*innen während der Plena zu entlasten, ist es notwendig, sich auf bestimmte Regeln zu verständigen.

Redebeiträge

Die Regeln, die sich Attac bezüglich der doppelten Quotierung und der beiden Mikrofone gegeben hat, lassen sich im Text des FLINTA*-Plenums genau nachlesen.

Redebeobachtung

Die Mitglieder des Awarenessteams reflektieren zusammen mit der Moderation die Häufigkeit der Redebeiträge der einzelnen Redner*innen und die Redezeitbegrenzungen.

Strukturelle Rahmenbedingungen, um die Teilhabe an Attac-Veranstaltungen zu ermöglichen

Pronomen

Jede Attac-Veranstaltung soll ein diskriminierungssensibler Raum werden, in dem sich alle Teilnehmenden wohl und sicher fühlen. Verwende daher die von einer Person gewünschten Pronomen ("er", "sie", "dey"), oder nutze eine genderneutrale Formulierung.

Film- und Videoaufnahmen

Film- und Fotoaufnahmen während der Plena oder bei Workshops werden angekündigt. Diese können im Anschluss veröffentlicht und zum Zweck der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

Durch deine Teilnahme erklärst du dich damit einverstanden. Wenn diese Aufnahmen von dir nicht gewünscht sind, kannst du entsprechend den Raum verlassen.

*Menschen mit Behinderung

3.7. Hinweise zum FLINTA*Mikrofon

Wir quotieren bei Ratschlägen die Redemeldungen doppelt nach FLINTA* und Erstredner*innen.

FLINTA* steht für

- (cis-)Frauen (,cis' bedeutet: Frauen, die sich mit ihrem Geburtsgeschlecht

identifizieren),

- Lesben, also für homosexuellen Frauen, die Frauen lieben.
- intersexuelle Menschen, die sowohl mit weiblichen als auch mit männlichen Geschlechtsanteilen geboren worden sind,
- nicht-binäre Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen,
- trans Menschen, die sich als transident, transgender oder transgeschlechtlich bezeichnen und sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen zum Zeitpunkt ihrer Geburt zugewiesen worden ist, und für
- agender Menschen, die kein Geschlecht haben, sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen oder das Konzept von Geschlecht und Geschlechterteilung ablehnen.

* Das Sternchen zielt darauf ab, dass es viele weitere Ein- und Zuordnungen hinter (biologischem) ‚sex‘ und (sozialem) ‚gender‘ gibt.

Ziel ist allen anwesenden Menschen entsprechend Raum für ihre Redebeiträge zu geben und den Vielsprecher*innen, häufig männlich gelesene Menschen, dadurch durchaus Raum zu nehmen.

Bei Attac-Ratschlägen gibt es daher ein FLINTA*-Mikrofon und ein allgemeines, offenes Mikrofon, an dem alle Menschen sprechen können. Wenn kurzfristig um Redebeiträge gebeten wird (z.B. Rede - Gegenrede - Abstimmung), kann sich eine Person auch melden und dann erst zum jeweils entsprechenden Mikrofon gehen. Die Aufteilung auf zwei Mikrofone erhöht zwar die Laufwege, ist aber sinnvoll einerseits für die Übersicht durch die Redeleitung und ermöglicht andererseits allen Menschen eine Zuordnung ohne Erklärungen oder Diskussionen. FLINTA*s mit Bärten sind willkommen ☺.

Die Redeleitung bestimmt die Reihenfolge der Redebeiträge. Dabei wird die doppelte Quotierung angewandt. FLINTA*s und das allgemeine Mikrofon sprechen abwechselnd, das FLINTA*-Mikro beginnt. Erstredner*innen werden vorgezogen: Meldet sich also eine Person, die noch nichts gesagt hat, dann darf sie vor denen sprechen, die bereits etwas gesagt haben.

Wenn kein*e FLINTA* mehr auf der Redeliste steht, wird darauf aufmerksam gemacht; wenn sich dann kein*e FLINTA* mehr meldet, wird die Redeliste geschlossen. Alle Menschen, die bereits auf der Redeliste stehen, können noch sprechen.

Es sind keinerlei Erklärungen notwendig, wenn sich Menschen als FLINTA* zuordnen. Es kann sehr verletzend sein, wenn die eigene Identität negiert wird, daher haben weder die Redeleitung noch andere Teilnehmende die Zuordnung einer Person zu einem Mikrofon zu kommentieren oder zu bewerten.

Dieses Vorgehen birgt das Risiko, dass cis-Männer die Situation ausnutzen, um schneller oder überhaupt noch dranzukommen. Dieses Verhalten ist unsolidarisch. Nur achtsamer Umgang miteinander ermöglicht eine zielführende politische Diskussion unter Beteiligung möglichst vieler anwesenden Menschen.

Für Fragen oder bei Redebedarf wendet euch gerne ans FLINTA*-Plenum oder an die Autor*innen dieses Textes (Julia, Mechthild und Uwe).

4. FLINTA*Plenum

Die Teilnehmer*innen am monatlichen digitalen FLINTA*Plenum haben in den vergangenen Monaten einen Selbstverständnistext erarbeitet und beschlossen, das wir beim Ratschlag gern mit allen anwesenden Frauen, Lesben, Bis, Inter-, Trans- und Agender-Personen diskutieren möchten. Fühlt euch herzlich eingeladen!

Wer wir sind und was wir wollen

„Ist eine eigene Organisierung von Frauen oder FLINTA* überhaupt noch nötig?“, werden wir oft gefragt. „Hat sich die Gleichstellung weiblich gelesener Menschen in den letzten 50 Jahren nicht rasant verbessert? Quotierung, Kanzlerin, #metoo-Debatte, geschlechtsensible Sprache – das ist doch alles in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“

Und es stimmt ja: Die Frauenbewegung ist die erfolgreichste soziale Bewegung des 20. Jahrhunderts und hat alle Gesellschaftsschichten erfasst. Sie hat nicht nur bessere Lebensbedingungen für Frauen* erkämpft, sondern auch unsere Ideen von Zusammenleben erheblich verändert. Gerade diese Erfolge haben aber dazu geführt, dass die Angriffe auf unsere erkämpften Rechte durch rechte und konservative Kräfte in der letzten Zeit zugenommen haben.

Im Übrigen bleibt – wie alle FLINTA* alltäglich erfahren – noch viel zu tun. Die Entgelt-Diskriminierung ist kaum geringer geworden, die Repräsentanz von weiblich gelesenen Personen muss immer noch durch Quotierung gesichert werden und hat in keinem öffentlichen Bereich 50% erreicht, die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit ist immer noch zum überwiegenden Teil weiblich. Zugänge zu materiellen Ressourcen und Wirtschaftsmacht sind nach wie vor einer weißen männlichen Elite vorbehalten. Und sowohl Frauen als auch alle, die nicht in die heteronormative Geschlechterordnung passen, erleiden Diskriminierung und Gewalt.

Wir müssen also weiterhin kämpfen und deshalb ist eine eigene Organisierung weiter notwendig. Das Attac-FLINTA*Plenum eröffnet innerhalb von Attac einen geschützten Raum für die gemeinsame Anstrengung zur Schaffung von tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit. Dieser Kampf kann – so unsere Überzeugung – nur feministisch und antikapitalistisch sein.

Wer wir sind...

Das FLINTA*Plenum ist eine offene Struktur innerhalb des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac von und für aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Zuordnung gesellschaftlich diskriminierte Menschen. Auch in linken, emanzipatorischen Projekten wie Attac sind wir mit der Dominanz von Männern, mit patriarchalen Umgangsformen und Sexismus konfrontiert.

FLINTA* steht für

→ siehe Seite 12 Abschnitt 3.7.

- Das Sternchen besagt, dass es viele weitere Ein- und Zuordnungen hinter

(biologischem) ‚sex‘ und (sozialem) ‚gender‘ gibt – viele Menschen werden aufgrund dieser Einordnung und Zuordnung gesellschaftlich immer noch stark diskriminiert und sind daher im Attac-FLINTA*Plenum willkommen.

Diese verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen werden durch die traditionelle binäre Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blick richtet sich auf alle, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren. Wir wollen FLINTA*-Perspektiven in alle Attac-Aktionen einbringen. Wobei wir wissen: Wir leben zwar alle in einer patriarchalen Gesellschaft, aber unsere Vorstellungen und unsere politische Arbeit sind von unterschiedlichen Erfahrungen und Denkmustern geprägt. Die gilt es zu hinterfragen, denn eine bessere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein wichtiges Thema.

... und was wir wollen

Für möglichst hohe Profite ist die Höhe der Reproduktionskosten der Beschäftigten von entscheidender Bedeutung. Deshalb ist die unbezahlte Care- bzw. Sorgearbeit, die diese Kosten niedrig hält, ein wichtiges Strukturelement des Kapitalismus. Sie wird den Frauen* als angeblich „naturbestimmt“ zugewiesen. Patriarchat und Kapitalismus sind also strukturell miteinander verbunden, und deshalb wird sich tatsächliche Geschlechtergerechtigkeit innerhalb des Profitsystems nicht erreichen lassen.

Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung hat auch gravierende Folgen im Bereich der bezahlten Arbeit. Da Care-Arbeit unbezahlt ist, ist sie nach kapitalistischen Maßstäben „wertlos“. Das strahlt auch auf die bezahlte Sorgearbeit aus, die ebenfalls „naturgemäß“ weiblich gelesenen Personen zuwächst. Überhaupt haben in Deutschland Berufe und Arbeitsplätze ein Geschlecht: Frauenarbeitsplätze sind vor allem Dienst am Menschen oder Kunden oder schlecht bezahlte repetitive Arbeit in der Industrie. Männer arbeiten dagegen hauptsächlich an Maschinen oder mit Computerprogrammen, und das wird – zum Teil erheblich – besser bezahlt. Selbst innerhalb der gleichen Flächen-Tarifverträge in der Metallindustrie sind die Lohnunterschiede zwischen einer („ungelernten“) Arbeiterin in der Elektroindustrie und einem („ungelernten“) Bandarbeiter in der Automobilindustrie beeindruckend. Auch die Ausbeutung in sogenannten globalen Betreuungsketten sind eine Folge der Globalisierung. Dabei übernehmen fast ausschließlich Frauen als Arbeitsmigrantinnen Betreuungs-, Pflege- und Haushaltsaufgaben, während zugleich ihre eigenen Kinder im Heimatland bleiben und dort von anderen (Familienangehörigen oder wiederum Migrantinnen aus noch ärmeren Ländern) betreut werden.

Generell leben Frauen* oft prekär. Auch durch Naturkatastrophen und Klimakrise, als Geflüchtete in Kriegen oder durch Ausbeutung in internationalen Lieferketten sind FLINTA* von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung besonders betroffen.

Um kurzfristig materielle Verbesserungen und mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen, fordern wir:

- Radikale Arbeitszeitverkürzung, damit die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden kann,

- anonyme Bewerbungen, damit als Frauen gelesene Menschen oder Migrant*innen nicht gleich aussortiert werden,
- überproportionale Lohnerhöhungen in typischen „Frauenberufen“,
- eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich,
- eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik,
- eine ausreichende Pflegeversicherung,
- Renten, die das soziokulturelle Existenzminimum gewährleisten und die Entgelt-Diskriminierung nicht ins Alter hinein verstetigen.
- Akzeptable Arbeitsbedingungen in internationalen Lieferketten, insbesondere auch für FLINTA*,
- Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe,
- Aufnahme der Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Umweltkatastrophen fliehen.

Auch die persönliche Würde, das Leben und die körperliche Unversehrtheit von FLINTA* werden in patriarchalen Gesellschaften geringgeschätzt. Sexuelle Belästigung (wie z.B. Catcalling), sexualisierte Gewalt – die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA* wird immer wieder infrage gestellt. Die extremste Form patriarchaler Machtdemonstration sind Femizide, aber auch alle anderen Menschen, die sich in der heteronormativen patriarchalen Geschlechterordnung nicht wiederfinden, sind – teilweise tödlichen – Angriffen ausgesetzt und werden in manchen Ländern gesetzlich verfolgt. Mit Verboten oder Einschränkungen von Schwangerschaftsabbrüchen beanspruchen Männer, über die Körper von Frauen zu bestimmen. Den Aggressionen der Abtreibungsgegner*innen muss dringend eine Absage erteilt werden.

Wir treten ein für:

- Die Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen,
- die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung,
- ein wirksames Verbot von Aktionen von Abtreibungsgegnern in der Nähe von Praxen und Beratungsstellen,
- ein Selbstbestimmungsgesetz, das die Forderungen von intersexuellen, nicht-binären, trans und agender Personen nach dem Ende von Diskriminierung und Bevormundung einlöst.

Wir streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit tragen – weltweit! Wir sind solidarisch mit allen feministischen Kämpfen und lernen von ihnen. Eine bessere Welt ist möglich – mit gleichberechtigter Teilhabe von FLINTA* und ihrer Selbstermächtigung. Lasst sie uns gemeinsam schaffen!

5. Alternativplenum

Klassen- vs. Identitätspolitik? Wir wollen dieses Mal die Diskussion um Identitätspolitik aufgreifen. Damit wollen wir an die Diskussion des Alternativplenums auf dem letzten Herbstratschlag anknüpfen, als wir in eine Diskussion kamen, in der unter anderem ernste Zweifel an der Notwendigkeit gendergerechter Sprache geäußert wurden. Der Impuls zu Klassen- und Identitätspolitik, den wir der Diskussion voranstellen wollen, versucht, die Diskussion aufzugreifen und ihr gleichzeitig einen breiteren Rahmen zu geben. Ist das in unseren Reihen überhaupt ein zu klärender Widerspruch? Und wenn nein, wie können wir dann eine progressive Synergie in die linke Bewegungslandschaft transportieren?

6. Berichte aus den Gremien

6.1. Bericht aus dem Koordinierungskreis

Bericht zur Arbeit des KoKreises seit dem Frühjahrsratschlag 2024

Dem KoKreis gehörten 2023/24 13 Mitgliedern an. Er vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Ratschlag und Attac-Rat nach außen, organisiert die Durchführung bundesweiter Kampagnen und Aktionen und den internen Kommunikationsfluss. Er ist zuständig und verantwortlich für die Außendarstellung von Attac, die Bündnisarbeit und für die Öffentlichkeitsarbeit. Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion. Er ist ein Arbeitsgremium, das zurzeit zweimal im Monat zu Sitzungen zusammenkommt. Eine lange Sitzung abwechselnd in Präsenz und online und eine kurze Sitzung dazwischen als Videokonferenz. Für seine Kernaufgaben strukturiert der KoKreis seine Arbeit in AGen mit drei bis sechs Mitgliedern (wie Pressearbeit, Haushalt und Finanzen, Büroentwicklung).

Seit dem letzten Bericht zum Frühjahrsratschlag 2024 hat sich der KoKreis vor allem mit drei Komplexen beschäftigt: Erstens mit der mittelfristigen finanziellen Konsolidierung des Netzwerkes, zweitens der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auf Bundesebene und drittens mit tagespolitischen Aktivitäten und der politischen Ausrichtung der Kampagnenarbeit.

Die finanzielle Situation von Attac ist weiterhin angespannt. Um Mittel einzusparen, wurde ein Teil der Räume des Bundesbüros aufgegeben, der Stundenumfang im Büro reduziert und Tarifierhöhungen verschoben. Dies war

kein einfacher Prozess, konnte aber durch einen guten Austausch mit den Kolleg*innen im Bundesbüro solidarisch umgesetzt werden. Der KoKreis dankt den Kolleg*innen für ihr Engagement in diese für Attac existentiellen Krise. Die Maßnahmen haben uns etwas Luft verschafft, um über unsere inhaltliche Arbeit wieder attraktiver für politisch Interessierte zu werden und neue Aktive und Unterstützer*innen zu finden.

Mit dem Rückzug von Aktiven ist es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, auf Bundesebene die Arbeitsfähigkeit der ehrenamtlichen Strukturen aufrecht zu erhalten. Im Kokreis haben wir seit Längerem damit begonnen, über strukturelle Veränderungen nachzudenken. Ein Ergebnis war der Vorschlag zum Frühjahrsratschlag, die Arbeit von Rat und KoKreis besser zu verzahnen. Damit soll wieder mehr ehrenamtliches Engagement auf Bundesebene generiert und die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden. Ob dies gelingt, wird die Zukunft zeigen.

Bei der Kampagnenarbeit sind wir nun im zweiten Jahr eines Prozesses zur Systematisierung der Entscheidungsfindung, Durchführung und Evaluation von Kampagnen. Nur wenn es uns gelingt, in der Kampagnenarbeit besser zu werden, können wir politisch wieder relevanter werden, wieder neue Menschen für Attac interessieren und Spenden zur Finanzierung unsere Arbeit zu generieren. Zum Zeitpunkt des Ratschlages wird die Unterschriftensammlung Tax the Rich gerade abgeschlossen sein. An der Kampagne haben sich sehr viele Regionalgruppen beteiligt und sie genutzt, vor Ort für eine gerechte Steuerpolitik zu werben. Im Rahmen der Kampagne zu Klimageld haben wir einige zentrale Aktionen durchgeführt und viele Regionalgruppen haben das Angebot der Speakerstour genutzt und Veranstaltungen dazu durchgeführt, teilweise in Kombination mit dem Thema Steuerrevolution. Nach der Annahme des Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und Chile durch das EU-Parlament im Frühjahr wurde die Kampagne zunächst beendet. Die Kampagnengruppe hat aber weiter am Thema Rohstoffraub gearbeitet und schlägt dem Herbstratschlag eine weitere Kampagne dazu vor.

Neben den Kampagnen hat die Arbeit gegen die Rechtsentwicklung einen großen Raum eingenommen. Attac arbeitet dazu in den Bündnissen Aufstehen gegen Rassismus, Zusammen für Demokratie, Widersetzen und AFD Verbot jetzt mit.

6.2. Bericht aus dem Rat

Bericht Rats-VG zur Arbeit des Rates von März 2024 bis August 2024, Stand 23.09.2024

Seit dem Frühjahrsratschlag fanden zwei Sitzungen des Rates statt:

- 30. Mai 2024: Präsenzsitzung in Marburg
- 13. Juli 2024: Videokonferenz.

Parallel arbeiten die Rats-Arbeitsgruppen, etwa die Gruppenunterstützung, die

RAG Internationales. (siehe <https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/ratsarbeitsgruppen/2023-2024>)

Zur Ratssitzung 30. Mai 2024

Das **zentrale Thema war „Wege zur Konfliktlösung und Friedenssicherung“**. Da die AG Globalisierung und Krieg nicht mehr als attac-Bundesarbeitsgemeinschaft anerkannt ist, ist ein Klärungsprozess notwendig, in welchen Strukturen und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung das Thema „Krieg/Frieden“ in attac bearbeitet werden kann. Die Diskussion zeigte in Bezug auf „Analyse“ und „mittelfristige Forderungen“ keine großen Konflikte/Streitpunkte, jedoch unterschiedliche Meinungen zur Rolle von attac in den tagespolitischen Auseinandersetzungen. Mit knapper Mehrheit wurde beschlossen, eine Projektgruppe einzusetzen, die unter dem Titel „Diskussionsprozess Friedenspolitik“ versucht, unterschiedliche Positionen in attac zu klären und Gemeinsamkeiten zu finden. Diese Projektgruppe war zunächst auch für die Umsetzung des Beschlusses „V11, Teil 3“ des Frühjahrsratschlags zuständig; die Organisation einer Online-Diskussion zur Kontroverse „Israel/Palästina“ (https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/24_FRS/Vorschlaege_V/V11_Israel_und_Palaestina.pdf). Am 19. September wurde für die Organisation eines solchen Webinars eine gesonderte Gruppe eingerichtet.

Mitarbeit der Ratsmitglieder in AGs. Die begrenzten finanziellen Ressourcen von Attac machen es erforderlich, dass sich alle Ratsmitglieder in einer AG engagieren, die organisatorische Arbeiten erledigt, damit Attac weiterhin funktioniert und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Gedacht ist auch an gemischte AGs „Rat – KoKreis“ z.B. zur Öffentlichkeitsarbeit.

Ein weiteres Thema war der **Attac-Rechtshilfefond**. Der Rechtshilfefond unterstützt bei Repression als Folge politischer Aktivitäten, z.B. durch Bezahlung einer rechtlichen Beratung. Der Rat hat dem Rechtshilfefonds eine aktualisierte Satzung gegeben. Geändert wurde, dass die Personen, die beauftragt sind den Rechtshilfefonds betreuen, quotiert beauftragt werden. Des Weiteren werden zukünftig anstatt vier Personen sechs Personen beauftragt und das Stimmenverhältnis zur Entscheidungsfindung im Rechtshilfefonds angepasst. Außerdem wurden weitere kleinere Änderungen durchgeführt ([Siehe dazu den entsprechenden Antrag](#)). Der Treuhänder, Uwe Pusch, wurde bestätigt, die Beauftragten, die über die Gewährung von Unterstützung entscheiden, in offener Abstimmung beauftragt.

Beendet wurde diese Ratssitzung mit dem Beschluss eines Dringlichkeitsantrages gegen den AFD-Parteitag.

Zur Ratssitzung 13. Juli 2024

Nach einer ausführlichen Diskussion über Sinnhaftigkeit und Ressourcen wurde

mit großer Mehrheit beschlossen, dass Attac auch am **Kirchentag 2025** teilnimmt.

Einen breiten Raum nahm die Auswertung der **Sommerakademie** (SoAk) und der **Aktionsakademie** ein. Diese traditionellen Angebote von Attac treffen nicht mehr auf eine breite Resonanz. Die inhaltliche Ausrichtung muss diskutiert werden. Was sind die Themen, die die Menschen heute bewegen, auf ein Diskussions-/Aktionswochenende zu Attac kommen? Welche Zielgruppen sollten konkret angesprochen werden? Wie könnten in attac vorhandene Kompetenzen noch besser eingebracht werden? Wie können mehr Attacies für Aktionen begeistert werden? Eine gesonderte Aktionsakademie ist evtl. nicht mehr der richtige Weg. Der Vorbereitungsgruppe für die nächste SoAk wurden verschiedene Überlegungen mitgegeben, wie Bedürfnisse der potenziellen Teilnehmer/innen besser berücksichtigt werden könnten.

Die **Protestaktionen zum AFD-Parteitag** bzw. die Blockaden des AFD-Parteitags wurden als Erfolg gewertet. Attac hat sich mit wenigen Menschen sehr effektiv beteiligt. Zur Mitarbeit von Attac in der **Kampagne von Amnesty Israel "Pro-Human Campaign"** (<https://www.pro-human-camp.org/en/>) gab es im Rat unterschiedliche Positionen: Dies sei ein wichtiges Thema, passend zu den Attac-Aktivitäten ---- Da es in Attac an Geld und Ressourcen mangle, um zentrale Attac-Kampagnen gut durchzuführen, sei die Mitarbeit an einer Kampagne von Amnesty Israel keine zentrale Aufgabe von Attac.

Auch in dieser Ratssitzung wurden **organisatorische Probleme** angesprochen. Der KoKreis wird in der nächsten Arbeitsperiode die notwendigen Arbeiten nur bewältigen können, wenn er von Ratsmitgliedern unterstützt wird. Zudem: Ein Teil der bisherigen KoKreis-Mitglieder wird nicht mehr kandidieren, es muss ein „Generationenwechsel“ bewältigt werden. Es wurde eine Gruppe gebildet, mit der Aufgabe, zu überlegen, wie mehr Attacies motiviert werden können, für Rat/KoKreis zu kandidieren und wie zukünftig die anfallende Arbeit aufgeteilt werden könnte.

Die erste Sitzung des auf dem Herbstratschlag neu gewählten Rates wird in Frankfurt/Main am Wochenende 8.11. - 10.11.2024 stattfinden.

Hinweis: Sitzungstermine und Protokolle der Ratssitzungen stehen unter <https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/protokolle#c3068>

7. Vorschläge Attac-Herbstratschlag 2024

7.1. Vorschläge für eine Hauptkampagne

7.1.1. H1_Dachkampagne „Sozialen Zusammenhalt und eine ökologisch nachhaltige Zukunft sichern“

Antragssteller*in: KoKreis

Vorschlag

Attac wird die anstehenden Kampagnen und Aktivitäten für 2025f zu einer Dachkampagne 'Sozialen Zusammenhalt und eine ökologisch nachhaltige Zukunft sichern' (Arbeitstitel) zusammenbinden, um dafür eine übergreifende Erzählung zu schaffen.

Dachkampagne: 'Sozialen Zusammenhalt und eine ökologisch nachhaltige Zukunft sichern'

Die Diskrepanz könnte nicht größer sein: Einerseits schreitet die ökologische Krise weiter voran und die soziale Ungleichheit nimmt zu. Andererseits gibt es keine organisierten gesellschaftlichen Mehrheiten für einen grundlegenden politischen Wechsel, um diese Entwicklungen umzukehren. Hier setzt die Kampagne von Attac an: Indem konkrete Forderungen wie beispielsweise die Vermögensteuer mit einer Rahmenerzählung für einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft verbunden werden und soziale und ökologische Fragestellungen beispielsweise bei der CO₂-Bepreisung und dem Klimageld zusammengebracht werden, soll Einfluss auf den öffentlichen Diskurs genommen werden, um Zustimmung zu Maßnahmen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu gewinnen.

Der drohende globale Klimakollaps, das Artensterben und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen bedrohen auf vielfache Weise die Lebensgrundlagen der Menschen. Hauptbetroffene sind vor allem Menschen ohne hohe Einkommen, die selbst am wenigsten zu den ökologischen Krisen beigetragen haben. Ursache dafür ist ein Wirtschaftssystem, das auf Profit, stetiges Wachstum und der Ausbeutung von Menschen und Natur basiert und eine drastische Reduzierung von Treibhausgasen und Ressourcenverbrauch verunmöglicht. Gleichzeitig hat dieses Wirtschaftssystem sein Wohlstandsversprechen nicht eingelöst. Zwar wächst der private Reichtum permanent, er kommt aber nur wenigen zugute und die soziale Spaltung

innerhalb der Gesellschaften und zwischen ihnen vertieft sich immer mehr.

Die – berechtigterweise – als ungerecht wahrgenommene Verteilung der Krisen- und Transformationskosten lässt die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zum bestehenden politischen System weiter sinken. Doch diese Unzufriedenheit schlägt sich nicht in gesellschaftlichen Mehrheiten für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Politik nieder. Im Gegenteil: Klimapolitik wird als etwas wahrgenommen, was sich nur Reiche leisten können, und für die sinkenden Sozialleistungen und schwindende soziale Sicherheit breiter Bevölkerungsteile werden Migrant*innen verantwortlich gemacht. Ressentiments werden gepflegt und von der Politik befeuert. Autoritäre Lösungen für soziale Probleme stoßen auf immer mehr Resonanz. Zugespitzt formuliert: Gelingt es nicht, die dringend notwendige ökologische Transformation mit einer ebenso dringend notwendigen sozialen Transformation der Gesellschaft zu verbinden, droht neben der Klimakatastrophe auch die Aushöhlung und letztlich Zerstörung der Demokratie.

Diesem Trend wollen wir mit unserer Kampagne entgegenwirken. Sie soll aufzeigen, mit welchen politischen Maßnahmen ökologische und soziale Wirkungen gleichzeitig erzielt werden können, um darüber eine Zustimmung und positive Grundhaltung zu einer Politik in Richtung der sozial-ökologischen Transformation zu generieren und eine Diskursverschiebung zu organisieren. Konkret soll in der Kampagne die ungleiche Vermögensverteilung in den öffentlichen Fokus gerückt werden, die negativen Auswirkungen auf Demokratie und Gesellschaft hat. Vermögensbesteuerung kann einerseits als Maßnahme gegen die zunehmend größere Schere zwischen Arm und Reich und die Ungerechtigkeit der Erbendengesellschaft besetzt werden, andererseits als Quelle für die dringend notwendigen Steuermittel für Investitionen in Infrastruktur und in die sozial-ökologische Transformation. So kann eine gerechte Verteilung von Vermögen zur Finanzierung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen.

Begründung

Mit der Dachkampagne lassen sich einzelne Kampagnen und Aktivitäten besser in eine Gesamterzählung einbinden, was Attac politisch will. Dies kann sowohl für die Mobilisierung nach Attac hinein als auch für die Ansprache von Unterstützer*innen und für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Zudem können mit der Dachkampagne besser Fördergelder eingeworben werden.

7.1.1.1. ÄA H1.1

Antragssteller*in: Bernd Reißmann und Uwe Schnabel

Änderung

Am Ende wird eingefügt: Die Lebensgrundlagen werden ebenfalls durch Kriege

bedroht, die ebenfalls durch das Wirtschaftssystem verursacht werden, das auf Profit, stetiges Wachstum und der Ausbeutung von Menschen und Natur basiert. Deshalb können in dieser Kampagne auch Forderungen nach Frieden vertreten werden, insbesondere: - Beendigung aller deutschen Rüstungsexporte - Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden - keine Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden

Begründung

Krieg ist unmittelbar mit den genannten Problemen verbunden und ohne Frieden lassen sich diese Probleme nicht lösen. Außerdem leiden insbesondere schon sonst benachteiligte Gruppen, wie z.B. Frauen und Kinder, unter Kriegen. Wir beantragen, dass zuerst über den Hauptteil bis 'Forderungen nach Frieden vertreten werden' abgestimmt wird und anschließend über die 3 Unterpunkte einzeln.

7.1.2. H2neu_Attac Kampagne „Steuergerechtigkeit durchsetzen – Steuerprivilegien abschaffen“

(geänderte Version, Änderungsvorschlag bereits angenommen)

Antragssteller*in: AG Finanzmärkte&Steuern

Vorschlagstext

Der Ratschlag begrüßt und unterstützt den Vorschlag der AG Finanzmärkte & Steuern für eine Attac Kampagne „Steuergerechtigkeit durchsetzen – Steuerprivilegien abschaffen!“ mit den beiden Schwerpunkten:

- Die Steuer- und Abgabensätze für Hyperreiche sind mindestens auf das Niveau der Normalverdiener*innen anzuheben. Dazu ist die Vermögensteuer zu reaktivieren.
- Bei Erbschaften und Schenkungen dürfen große Vermögensübertragungen nicht steuerlich begünstigt werden.

Die AG wird auf dieser Basis versuchen, breite gesellschaftliche Bündnisse (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, NGOs) zu erreichen um eine Schwerpunktverschiebung der gesellschaftlichen Diskussion zu erreichen. Wie bei unseren vorhergehenden Kampagnen werden wir unsere Aktivitäten mit einer breiten Einbeziehung der Regionalgruppen gestalten.

Begründung

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit nimmt in Deutschland, in Europa und weltweit immer mehr zu. Eine Unzahl von Untersuchungen belegen das immer wieder. Die Steuerkonkurrenz der Nationalstaaten hat zu einer kontinuierlichen Absenkung der Steuersätze für Unternehmen und Hyperreiche über die letzten

Jahrzehnte hinweg geführt. So stellt der Oxfam-Bericht 2024 fest, dass das Vermögen der reichsten fünf Männer der Welt seit 2020 von 405 auf 869 Milliarden US-Dollar gestiegen ist. Für Deutschland berichtet das Netzwerk Steuergerechtigkeit, bei dem Attac aktiv mitarbeitet, dass das Vermögen der Superreichen um 500 Milliarden Euro nach oben korrigiert werden muss, und dass sich der typische effektive Steuersatz auf Milliardenvermögen seit 1996 halbiert hat. Denn im Unterschied zu den Firmen zahlen die deutschen Multimillionäre und Milliardäre fast keine Steuern auf ihre Vermögen. Heute zahlen sie regelmäßig Steuersätze unterhalb von 2%, da sie ihre Dividenden und anderen Einkommen in persönlichen Finanzholdings sammeln, die fast steuerfrei sind.

Deutschland gehört mittlerweile zu den Ländern mit der größten Vermögensungleichheit auf der Welt. Die Folge: zunehmende Spaltung der Gesellschaft in die „Nichtshabenden“ und die „Hyperreichen“. Die einzelnen staatlichen Ebenen erhalten daher bei weitem nicht die Finanzmittel, die sie für die Herstellung gerechter und nachhaltiger gesellschaftlicher Strukturen brauchen. Statt diese Problemstellung offen zu benennen versuchen rechtsorientierte Parteien die Migration als gesellschaftliches Hauptproblem dazustellen und diese Menschen als Sündenböcke zu brandmarken. Unsere Aufgabe ist es, diese Täuschungsmanöver zu enttarnen und die politische Diskussion zum eigentlichen Problemkern zu führen: Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich. Es ist höchste Zeit, soll die Gesellschaft nicht vollends auseinanderfallen, diese gegenwärtige unfaire Lastenverteilung zu beenden. Steuerpolitik ist dabei eines der wirkungsvollsten Instrumente.

Schon seit langem fordert Attac die Umverteilung von oben nach unten und dies nicht nur in Deutschland, sondern gemeinsam im europäischen Netzwerk und weltweit. Die europäische Bürgerinitiative „Tax The Rich“ mit der Forderung nach einer EU-weiten Vermögensbesteuerung zeigte den richtigen Weg: Nationale Anstrengungen müssen begleitet werden mit Maßnahmen, die die Steuerkonkurrenz der Nationen aushebeln durch internationale Vereinbarungen. Auch wenn die Kampagne auf europäischer Ebene insgesamt nicht zum Ziel geführt hat, so ist doch der große Erfolg auf der deutschen Ebene mit rund 100.000 Unterschriften Ansporn für weitere Schritte.

Auch auf internationaler Ebene gab es bei UN und bei G20 im Sommer wichtige positive Ergebnisse. Auf nationaler Ebene stehen beim Thema Steuergerechtigkeit zwei Ziele ganz vorne:

- Die Steuer- und Abgabenlast für Hyperreiche muss auf das Niveau der Normalverdiener*innen angehoben werden durch Reaktivierung der Vermögenssteuer.
- Auch bei Erbschaften und Schenkungen dürfen große Vermögensübertragungen nicht steuerlich begünstigt werden.

Auch wenn unsere Ziele, entsprechend den gefassten Beschlüssen, weitergehend sind und wir sie bereits durch konkrete Einzelschlüsse unterlegt haben, so legen wir als aktuelle Kampagnenziele im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation und die kommende Bundestagswahl nur die beiden genannten Maßnahmen vor, um für diese Anstrengungen ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis erreichen zu können. Wir werden aber in den konkreten Aktivitäten, immer auf unsere Basispositionen zurückgreifen. Aufgabe in unserer nächsten Kampagnenphase ist es, die gesellschaftliche Diskussion auf diese Punkte zu fokussieren. Die Erfolge in anderen Ländern und auf der internationalen Ebene zeigen uns, dass wir dafür eine gute Chance haben – wir wollen sie nutzen.

7.1.3. H3_Entwurf Kampagnenvorschlag „Rohstoffenergiehunger stoppen!“

Antragssteller*in: Klaus Berger, Hanni Gramann, Törk Hansen, Achim Heier, Dagmar Paternoga, Harald Porten, Werner Rätz, Helga Reimund, Annette Schnoor, Michael Schramm, Roland Süß

Vorschlag

Die Kampagne soll

- an die Kampagne „Lithium-Raub der EU in Chile“ anknüpfen
- das Thema auf andere Rohstoffe und Energie erweitern
- zur Stärkung des globalisierungskritischen Anspruchs von Attac beitragen
- als Bildungs- und Aufklärungskampagne in- und außerhalb von Attac das Bewusstsein über notwendige Maßnahmen zur Suffizienz (Begrenzung) erweitern
- zusammen mit Bündnispartner*innen (u.a. PowerShift) zur Durchsetzung von Forderungen in den Bereichen Rohstoffe, Wasser und Wasserstoff beitragen

Inhaltliche Skizzierung:

Eine Transformation weg von fossilen Energieträgern soll das Klima retten – gleichzeitig aber auch den kapitalistischen Wachstumspfad absichern. Der „European Green Deal“ verspricht beides und beschreibt damit auch einen gigantischen Anstieg der weltweiten Rohstoffausbeutung.

Beispiel Lithium: Ein wahrer Lithiumrausch hat die Geschäfts- und Politikwelt erfasst. Auf der Suche nach dem „Gold für Akkus der ungebremsen Mobilität“ werden fast täglich neue „größte“ Lagerstätten gemeldet, zuletzt in Freiberg (Sachsen). Für das Vorhaben, die individuelle Mobilitäts-Freiheit 1:1 mit E-Autos zu sichern, soll weltweit ein Vielfaches an Lithium gewonnen werden.

Mit der Einhaltung der „planetaren Grenzen“, innerhalb derer Menschen auf der Erde leben können, ist dies nicht vereinbar. Täglich erreichen uns Meldungen über Hitzerekorde, Dürren oder Überschwemmungen. Das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist kaum noch zu halten. Radikale Maßnahmen zur Stabilisierung der globalen Ökosysteme sind dringender denn je.

Dazu gehört eine globale Reduktion des Rohstoffverbrauchs, der Überproduktion und des Überkonsums. Wir fordern einen schnellen Ausstieg aus Öl und Gas als Energieträger. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von Ressourcen, die die planetaren Grenzen berücksichtigt, unter anderem durch ein internationales Rohstoffabkommen. Ein solches Abkommen sollte auch absolute Obergrenzen für den Rohstoffverbrauch festlegen. Ähnliches gilt für Energie. Der weltweite Griff nach Wind- und Solarstrom zur Sicherung der „imperialen“ Produktions- und Lebensweise bei gleichzeitiger Ignoranz herrschender Energiearmut in den Erzeugerländern muss gestoppt werden.

Die EU verbraucht 25-30% der globalen Rohstoffe bei nur 5,6% der globalen Bevölkerung. Statt das Ungleichgewicht zu reduzieren, wird durch den Critical Raw Material Act CRMA der EU die Sicherung von 34 Rohstoffen vorangetrieben, die für die ökologische Transformation und die Digitalisierung der europäischen Industrie zentral sind. Basis sind die Wachstumsprognosen der Industriezweige, trotz aller Appelle zu sparsamem Umgang mit Rohstoffen.

Statt die globale Ungleichheit von Rohstoffgewinnung und Weiterverarbeitung infrage zu stellen, soll künftig 40% der Weiterverarbeitung und damit der Wertschöpfung in der EU stattfinden. Ziel ist nicht eine Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation in den Herkunftsländern, sondern allein die Verlagerung der Wertschöpfung aus China in die EU. Zertifizierungssysteme, wie sie der CRMA vorsieht, werden nicht zum Schutz der Umwelt, lokaler Mitbestimmungsrechte und der Achtung der Menschenrechte bei Bergbauprojekten beitragen, solange es beim System der Ausbeutungslizenzen für private Konzerne bleibt.

Statt weiter neokolonialen Extraktivismus aufrecht zu erhalten, müssen lokale Wertschöpfung und grüne Transformation zum Nutzen der lokalen Bevölkerung vorangetrieben werden. Nur dann kann von einer global gerechten Rohstoffwende gesprochen werden.

1. Beispiel Lithium:

Lithium soll in großem Maße zur Herstellung von Batterien für E-Autos genutzt werden, einem der „Leitprodukte“ des grünen Kapitalismus. Die Gewinnung von Lithium verursacht in den Abbauländern – vornehmlich in Chile oder Argentinien, aber geplant auch in Serbien – durch übermäßigen Wasserverbrauch eine enorme Zerstörung des fragilen ökologischen Gleichgewichts. Sie ist geprägt von Ignoranz gegenüber der einheimischen

Bevölkerung und von Missachtung von Arbeitsrechten. Eine klimagerechte Mobilitätswende muss die individuelle E-Mobilität jedoch begrenzen und auf Bahn & Bus setzen, um den kostbaren erneuerbaren Strom in lebenswichtigeren Bereichen einzusetzen. Große, schwere E-SUVs mit ihren tonnenschweren Lithium-Batterien gehören abgeschafft. Als Alternative sind für kleinere E-Autos bereits Natrium-Ionen-Batterien auf dem Markt. Lithium steht stellvertretend für viele mineralische Rohstoffe, die bei E-Autos verbraucht werden.

2. Beispiel Wasser:

Wasser wird immer kostbarer. Klimawandel führt zu Dürren und Überschwemmungen, Grundwasserpegel sinken, Massentierhaltung verschmutzt Gewässer. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist weltweit gefährdet.

Privatisierung von Wasserversorgung durch große Konzerne verschärft den ungleichen Zugang zu Wasser, Wasser wird zunehmend zur Waffe in kriegerischen Konflikten. In den Klimakämpfen der Zukunft wird es verstärkt um Wasser gehen.

3. Beispiel Wasserstoff:

Wasserstoff entsteht als Energieträger durch Umwandlung von Wasser mittels Elektrolyse. „Grauer“ Wasserstoff, produziert mittels Gas oder Öl verbietet sich klimapolitisch. Aber auch die Herstellung von „Grünem Wasserstoff“ mittels Strom aus Wind oder Sonne ist mit hohen Umwandlungsverlusten verbunden. Die Nutzung von grünem Wasserstoff muss eng begrenzt werden auf Bereiche, wo er unumgänglich ist. Aber auch dort nur für „sinnvolle“ Produkte. Einsatz von H₂ zur Wärmeversorgung ist Ressourcenverschwendung. Ähnliches gilt für E-Fuels aus Chile. Diese sollen in Zukunft komplett „grün“ erzeugt werden. Deswegen muss die einheimische Bevölkerung weiterhin mit dreckigem Kohlestrom versorgt werden. Dekarbonisierung sieht anders aus. Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung setzt auf Importe aus Ländern mit viel Sonne und Wind, wie z.B. Namibia. Dort wird jedoch weder die Umwelt geschont noch die eigene Bevölkerung einbezogen und mit Energie versorgt.

7.2. Vorschläge zur Änderung der Regelsammlung

7.2.1. R1neu_Änderung Delegiertenschlüssel Ratschlag

(geänderte Version, Änderungsvorschlag bereits angenommen)

Antragssteller*in: KoKreis

Vorschlag

Im Abschnitt 2.1.1(2) der Regelsammlung werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Spiegelstrich 2 wird „Attac-Gruppen mit 100 bis 200 Mitgliedern“

durch „Alle Attac-Gruppen mit 100 bis 200 Mitgliedern“ ersetzt

Der 3. Spiegelstrich „Attac-Gruppen mit mehr als 200 Mitgliedern im Attac-Netzwerk erhalten sechs quotierte Delegiertenplätze. Danach gibt es keine weitere Differenzierung.“ wird gestrichen.

Begründung

Der Frühjahrsratschlag 2024 hat den Koordinierungskreis beauftragt, einen Vorschlag zur Neugestaltung des Delegiertenschlüssels (Punkt 2.1.1 der aktuellen Regelsammlung) für den Herbstratschlag zu erarbeiten. Der Schlüssel soll so gestaltet werden, dass die kleinen Gruppen ihre Mindestzahl an zwei Delegierten behalten, aber dann die Spreizung im Verhältnis zu den großen Gruppen geringer ausfällt. Die Anzahl der Delegiertenplätze spiegelt seit vielen Jahren nicht mehr den Bedarf und die Realität in Attac wider. Die Gesamtzahl der Delegierten kann deshalb deutlich verringert werden. Dies würde dazu führen, dass sich der Schlüssel der Anzahl der tatsächlich auf dem Ratschlag anwesenden Delegierten annähert.

7.3. Weitere Vorschläge

7.3.1. V1_Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Antragssteller*in: FLINTA*-Plenum

Vorschlag

Attac Deutschland fordert die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung. Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, daher sollten Abtreibungen in Deutschland noch in dieser Legislatur sicher, zugänglich und kostenfrei werden.

Wir unterstützen entsprechende Aktionen und Kampagnen, wie sie etwa vom Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung (sexuelle-selbstbestimmung.de) oder der Kampagne „Abtreibung legalisieren - jetzt“ (abtreibung-legalisieren.de) initiiert wurden.

Begründung

Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen Schwangerschaftsabbruch ist eine Machtdemonstration: Das patriarchale System maßt sich an, über die Körper von schwangeren Personen zu bestimmen. Schwangere müssen endlich frei entscheiden können, ob sie abtreiben wollen oder nicht.

7.3.2. V2_Teilnahme von Attac an den Protesten gegen die IAA 2025 in München

Antragssteller*in: KG einfach.umsteigen

Vorschlag

Attac beteiligt sich 2025 wieder mit einer eigenständigen Aktion und mit Bildungsangeboten (möglichst auf dem Protestcamp) an den Protesten gegen die IAA in München (9. bis 14. September 2025).

Begründung

Die IAA ist nach wie vor einer der zentralen Orte, an denen die Autoindustrie ihre Vorstellung von der autogerechten Mobilität feiert und propagiert. Deshalb ist sie auch der passende Ort für Proteste dagegen und für Aktivitäten für eine klimagerechte und soziale Mobilität. Seit 2019 ist es Attac mit seiner Beteiligung an den Protesten gegen die IAA immer gut gelungen, mit den Forderungen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Daran soll 2025 angeknüpft werden.

7.3.3. V3_Wissenschaftlichen Beirat einrichten

Antragssteller*in: Friedrich Brachmann

Vorschlagstext

Beantragt wir die Einrichtung einer Projektgruppe mit dem Ziel, einen wissenschaftlichen Beirat bei Attac neu bzw. wieder zu organisieren.

Begründung

Die sozial-ökologische Transformation braucht dringend wissenschaftliche Expertise, an der sich Regionalgruppen und Attac insgesamt besser orientieren können.

7.3.4.V4_ Teilnahme am evangelischen Kirchentag 2025 in Hannover

(beschlossen in der letzten Ratssitzung)

Antragssteller*in: Anne Bergmann, Alfred Eibl

Vorschlag

Wie bereits seit vielen Jahren soll Attac Deutschland wieder mit einem Stand auf dem riesigen Markt der Möglichkeiten innerhalb des ev. Kirchentages teilnehmen! Es handelt sich um eines der wichtigsten großen Ereignisse bundesweit (ca 100.000 Teilnehmer*innen), wo Attac wieder mit zündenden Kampagnen einem internationalen, wie auch deutschlandweitem, durch die Generationen buntem engagierten Publikum sichtbar werden kann und muss! Auf jeden Fall können hier auch gut für neue, junge Mitglieder geworben werden; daher ist junges Attac vor Ort am Stand auch sehr angesprochen!

Begründung

Grade die junge Generation ist hier mannigfaltig vertreten. FLINTA* werden ausdrücklich begrüßt (bunte Kultur und Vielfalt) und benannt. Als Teil des Flinta*Plenums innerhalb Attac werde ich dafür sorgen! ZB Themen wie 'Vergesellschaftung von Care-Arbeit' könnten eingebracht werden, finde ich.

Es gibt die Möglichkeit, die Kampagne, für die wir uns entscheiden hier besonders zu bewerben. Beim letzten DEKT 2023 wurden zum Thema 'Aktienrente - nein' unzählige Unterschriften gesammelt. In unserer Halle 'gesellschaftliches Engagement' haben wir einen kleineren Stand (12 qm) in direkter Nachbarschaft mit der RLS angemeldet, worüber sich beide sehr freuen und wir gemeinsame Themen bespielen können.

7.3.4.1. ÄÄ_V4.1

Antragssteller*in: Julia Günther und Aaron Gerdes

Änderung

Streichung von 'daher ist junges Attac vor Ort am Stand auch sehr angesprochen'

Begründung

Junges Attac ist damit beschäftigt, die eigenen Strukturen zu sichern und aufzubauen, was nicht einfach ist. Zusätzlich bringen sich junge Attacies auch

in Gesamtattac in Gremien, Aktionen und Regionalgruppen ein. Hier eine solche Erwartungshaltung an diese einzelne Gruppe zu formulieren, finden wir weder zielführend noch nett.

7.3.5. V5_Unterstützung der Kampagne „AfD-Verbot jetzt!“ durch das gesamte deutsche Attac-Netzwerk

Antragssteller*in: AG gegen Rechts

Vorschlag

Der Herbstschlag 2024 von Attac Deutschland möge beschließen, dass die Kampagne „AfD Verbot jetzt!“ vom gesamten deutschen Attac-Netzwerk nach Kräften unterstützt wird. (LINK zur Kampagne: <https://afd-verbot.jetzt/de>)

Begründung

Seit der Gründung der sogenannten „Alternative für Deutschland“ im Februar 2013 ist die Partei fortlaufend gewachsen und gleichzeitig hat sie sich permanent weiter radikalisiert. Heute müssen wir hinsichtlich der AfD selbstverständlich von einer im Kern faschistischen Partei sprechen, die sogar im Kreis anderer europäischer Parteien des extrem autoritären Spektrums irritiert und daher auf der internationalen Bühne noch überwiegend ausgegrenzt wird. In Deutschland greift die AfD derweil aber nach immer mehr Macht. Dies ist eine stetig wachsende Gefahr für Millionen von Menschen, die von den rassistischen, queer- und frauenfeindlichen Attacken verletzt und bedroht werden, und für die Demokratie.

Attac und andere Bündnispartner*innen warnen und warnten seit vielen Jahren vor dieser Gefahr, die sich inzwischen auch durch immer größere Wahlerfolge deutlich manifestiert. Bis heute haben die sogenannten etablierten Parteien entgegen aller eigenen Zielsetzungen und wiederholten Beteuerungen aber keinen wirkungsvollen Umgang mit der Bedrohung von Rechtsaußen gefunden. Brandmauern bröckeln, autoritäre Maßnahmen werden durch praktisch alle Parteien von der AfD übernommen – in der längst widerlegten Annahme, ihr damit die Bedeutung zu nehmen, und der politische Diskurs wendet sich immer mehr gegen die Menschenrechte von Geflüchteten sowie von gesellschaftlich und sozial Benachteiligten. Die AfD wird, wie es Forschungsergebnisse immer wieder zeigen, dadurch nur gestärkt.

Wo „die anderen Mittel versagen, müssen wir deswegen auch ein Parteiverbot in Erwägung ziehen.“ Dies sieht unsere Verfassung aus guten Gründen vor: „Am Anfang des Grundgesetzes steht der unverbrüchliche Schutz der Menschenwürde – als Lehre aus dem Holocaust und dem Nationalsozialismus.“

In vielen Teilen des deutschen Attac-Netzwerks wurde die Debatte um die möglichen Vor- und Nachteile eines möglichen AfD-Verbotsverfahrens im vergangenen Jahr breit geführt (vgl. Anm. 2), wobei sich nach und nach eine weitgehend positive Haltung herauskristallisiert hat. Ein Verbot würde die AfD u. a. alle Mandate und ihre finanziellen Mittel kosten. Ihre Einnahmen stammen derzeit fast zur Hälfte aus Steuermitteln: Die AfD erhält mehr als 10 Mio. EUR direkt vom Staat.

Attac hat sich auch daher zunächst sondierend in die Vorbereitungen einer entsprechenden Kampagne eingebracht, die vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein initiiert und von einem breiten zivilgesellschaftlichen Zusammenhang getragen worden sind. Im ersten Halbjahr 2024 hat der Attac-Koordinierungskreis im Rahmen der Bündnisbildung schließlich entschieden, diese Kampagne zu unterstützen. Dabei geht es zunächst darum, Druck auf die Institutionen auszuüben, die vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verbotsverfahren beantragen können – Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Im Rahmen der Kampagne wird daher im ersten Schritt u.a. eine Veranstaltungstour geplant, die für ein Verbotsverfahren gegen die AfD wirbt und an der sich die Attac-Regionalgruppen beteiligen können.

Sollte es zu einem Verbotsverfahren kommen, geht es darum, dieses fortwährend durch zivilgesellschaftliche Aufklärung zu begleiten: Allein ein laufendes Verbotsverfahren würde die AfD sehr stark in Schach halten: Sie müsste fortan viel Energie für juristische Auseinandersetzungen und die Durchsetzung eines gemäßigten Außenauftritts verwenden – bereits die NPD ging allein an dieser Aufgabe letztlich zugrunde. Zum Schutz von Millionen von Menschen und zur Rettung unserer Demokratie lohnt es sich daher, für ein AfD-Verbot zu kämpfen: „Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist!“

Anm. 1: Link zur Kampagne: <https://afd-verbot.jetzt/de> - Zitate aus der argumentativen Grundlage des Bündnisses sind in der Begründung des Vorschlags als solche durch Anführungszeichen kenntlich gemacht.

Anm. 2: Vgl. z. B. auch <https://diskussion.attac.de/t/debatte-ueber-ein-afd-verbot/981/1>.

7.3.5.1. ÄA_V5.1

Antragssteller*in: Bernd Reißmann und Uwe Schnabel

Änderung

Streichung von 'gesamten' und 'nach Kräften'

und Anfügung von 'Dabei können alle Strukturen selbst entscheiden, inwiefern diese Kampagne unterstützt wird. Außerdem kann auch der Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Ursachen der Stärkung der AfD durch die Politik der Ampelparteien und der Union gelegt werden.'

Begründung

Wie schon öfters betont wurde, konnte die AfD nur so stark werden, weil die Menschen in der BRD zurecht den Eindruck gewonnen haben, dass sich die Politik gegen ihre Interessen und Bedürfnisse richtet und sie deshalb eine Partei wählen, die sich scheinbar dagegen wendet, obwohl sie in Wirklichkeit diese Politik nur verschärfen will. Außerdem führt der Versuch eines AfD-Verbots dazu, dass viele schwankenden Menschen sich erst recht darin bestärkt fühlen, die AfD oder, nach einem eventuellen Verbot, vergleichbare Parteien zu wählen.

8. Kandidaturen für den Koordinierungskreis, Herbst 2024

8.1. Judith Amler – Süd

Attac-Regionalgruppe Rosenheim; aktiv seit 04/2015

Meine bisherigen Attac-Aktivitäten auf/für die Bundesebene:

- 06/2016 – 09/2016: Mitglied im Arbeitsausschuss des bayerischen Bündnisses für die Münchner Stop-CETA-Demo vom 17.09. und Koordination des dortigen Attac-Auftritts
- seit 11/2016: Mitglied im Rat von Attac D
- seit 01/2017: Vertretung von Attac D im Arbeitsausschuss der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ sowie in weiteren Bündnissen
- seit 11/2017: Mitglied im KoKreis von Attac D
- Sonstiges: Organisation und/oder Moderation von Informationsveranstaltungen und Workshops; Beteiligung an Aktionen und an der Öffentlichkeitsarbeit von Attac D; Vertretung von Attac mit Redebeiträgen bei mehreren Demos; Beteiligung an Kampagnen von Attac zu TTIP und CETA, G20 und in #unteilbar; Mitwirkung in der Attac-AG gegen Rechts

Was mich bewegt:

Nach Jahrzehnten der neoliberalen Globalisierung finden wir uns heute in einem Zustand multipler Krisen wieder: Aktuell ringen wir mit dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, mit dem anhaltenden Krieg und Vertreibungen im Nahen Osten sowie mit vielen weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen und Bedrohungen in vielen Teilen der Welt. Und gleichzeitig ist es mehr denn je eine dringende Menschheitsaufgabe, den Klimakollaps abzuwenden und die Biodiversität nicht weiter zu zerstören.

Für immer breitere Teile der Gesellschaft wird manifest, dass die gängige kapitalistische Logik außerstande ist, die multiplen Krisen unserer Zeit zu bewältigen, und dass ein Systemwandel erforderlich ist. Dafür wurde in zurückliegenden Jahren von vielen Aktivist*innen weltweit ein Fenster geöffnet, das sich derzeit allerdings sogar für lange Zeit zu schließen scheint: In anhaltenden und sich vervielfältigenden Krisen gewinnen autoritäre Kräfte und Gesellschaftsentwürfe rasant an Einfluss; in der Folge werden Demokratien zerstört, Kriege geführt und Menschen ermordet.

Für mich gilt: Wir haben gute politische Konzepte für eine solidarische Gesellschaft und Welt, an deren Weiterentwicklung in ganz Deutschland, Europa und global viele Menschen ausdauernd und mit großer Leidenschaft arbeiten. Diese müssen wir weiterentwickeln und noch besser in die Öffentlichkeit sowie in die politische Debatte einbringen. Attac wird als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise gebraucht – mit seiner Vision für eine nachhaltige Zukunft auf diesem Planeten und ein gutes Leben für alle.

Dafür möchte ich mich auch in der kommenden KoKreis-Periode einsetzen.

Ich bin kein Mitglied einer Partei. Neben Attac fördere ich den Bayerischen Flüchtlingsrat und ich bin Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Bewerbung.

Am Herbstratschlag 2024 kann ich aufgrund einer wichtigen privaten Angelegenheit im engsten Familienkreis leider nicht teilnehmen – ich bitte um Entschuldigung meiner Abwesenheit. Gerne stehe ich Euch im Vorfeld des Ratschlags unter meiner Mailadresse judith.amler@attac.de für Fragen betreffend meine Kandidatur zur Verfügung.

8.2. Julia Günther – Süd

Mail: julia.guenther@attac.de

Insta: www.instagram.com/juliasbeitrag

Ich bin seit 2005 bei der Attac Regionalgruppe Tübingen, jetzt Tübingen-Reutlingen aktiv mit zahlreichen aktuellen Aktivitäten von Bündnissen zu klimagerechter Mobilität, für Rechte von Geflüchteten bis zu Aktionen und Infoständen etwa zu Tax the rich.

Bei Attac engagiere ich mich bundesweit einerseits thematisch, aber auch in der Organisation und in der Sicherstellung von Strukturen.

Organisatorisch bin ich seit dem virtuellen Frühlingsratschlag 2021 im Rat und dort auch in der Vorbereitungsgruppe. Zusätzlich in der Ratschlags-VG, der Schlichtungskommission und kümmere mich mit der kleinen Gruppe „Neu bei Attac“ um das Onboarding neuer Menschen. In der Moderationsgruppe Erneuerungsprozess war ich an der Erarbeitung des Papiers „Globalisierungskritik neu denken“ beteiligt. Im KoKreis möchte ich mich speziell um Finanzen, sowie Einbindung von Rat und Regionalgruppen kümmern, kann aber auch andere anfallende Aufgaben übernehmen.

Inhaltlich engagiere ich mich bei der AG Finanzmärkte und Steuern, wo ich vor allem in den Kampagnen wie Klimageld oder Tax the rich aktiv bin. Ebenfalls wichtig ist mir die Mitarbeit im FLINTA*-Plenum.

8.3. Maria Wahle – Ost

AckerAttac / Jena - Saale-Holzland-Kreis

Zu mir

Ich bin Maria (38), lebe in der Obermühle Steudnitz (dem ersten Projekt im Solidarverbund Ackersyndikat) und bewirtschafte mit meiner Kollegin eine Solidarische Gemüsegiertnerie vor Ort.
Attac & Ich

Seit 2012 ist die Ortsgruppe Erfurt ein Zuhause von mir – ab 2014 war ich wechselweise im Rat und im KoKreis unterwegs. Seit 2022 lebe ich in einem Dorf bei Jena und bin dabei, die örtliche Regionalgruppe wiederzubeleben: Linksruck gegen AfD-Sperrminorität oder so ähnlich. Arbeitsbedingt habe ich

innerhalb der Vegetationszeit leider nicht viele Kapazitäten – springe aber gerne als Joker für Sonderaufgaben ein und bin im Winter aktiver bei Attac dabei. Meine Themen innerhalb von Attac und auch für die zukünftige KoKreis-Arbeit sind Klimagerechtigkeit, alternative Landwirtschaft und gerechter Welthandel.

Dorndorf-Steudnitz, 3. Oktober 2024

8.4. Sonja Taubert – Nord

Persönliches:

Ich bin 62 Jahre alt, verheiratet und lebe seit vielen Jahren in Bremen. Mitte 1999 habe ich eine Umschulung zur Musikalienhändlerin gemacht und arbeite seit einigen Jahren im Homeoffice für einen Online-Musik-Notenversand in Bayern.

Attac:

Seit 2014 bin ich Mitglied bei Attac.

Die Regionalgruppe, bei der ich aktiv bin, ist Attac Bremen. Dort engagiere ich mich in der Aktions AG und der AG-gegen-Rechts. Die Regionalgruppe unterstützt meine Kandidatur.

Auf dem Herbstratschlag 2015 wurde ich das erste Mal in den Rat gewählt. Im Herbst 2018 habe ich das erste Mal für den Koordinierungskreis kandidiert und wurde gewählt.

Gerne möchte ich noch einmal für den KoKreis kandidieren, da sich Attac weiter in einer wichtigen Umbruchphase befindet. Inhaltliche Themen verschieben sich, der Kreis der Aktiven verändert sich ebenfalls und ich möchte mein Wissen und die Erfahrung weiter einbringen und teilen.

Inhaltlich liegt mein Fokus weiter bei der PG Energie und der Arbeitsgruppe einfach.umsteigen. Da ich für den KoKreis und in meiner Regionalgruppe viel Zeit in organisatorische Aufgaben stecke, bleibt nicht immer so viel Zeit für die inhaltliche Arbeit wie ich es mir wünsche. Aber die Arbeit im Backbereich ist wichtig und ich übernehme die Aufgaben gerne.

Was in der kommenden Zeit meines Erachtens wichtig ist, ist, dass wir es zusammen schaffen Attac mit den geplanten Kampagnen wieder sichtbarer zu machen und dabei solidarisch und respektvoll miteinander umgehen.

Keine Mitgliedschaft in einer politischen Partei

9.2. Achim Heier – Nord

Ich kandidiere für den Rat auf einem Regionalgruppenplatz.

Achim Heier, Bremen. ehemals Kokreis, aktuell aktiv in der PG einfach.umsteigen, PG Klimageld und PG Energie.

9.3. Anne Bergmann – West

Mail: anne.bergmann@attac.de

Mein Name ist Anne Bergmann, ich bin 72 Jahre alt, Mutter und Großmutter und bin seit 2021 Ratsmitglied durch die Regionalgruppe Euskirchen in NRW. Mit Letzterer bin ich schon durch einige Höhen und Tiefen gegangen. Attac bin ich nahe seit seiner Gründung 2000, aktiv seit ca. 12 Jahren, ich bin feministisch (oft aktiv in Attacs FLINTA*-Plenum: die FLINTA*Sicht auf und in all unseren Kampagnen ist mir ein wichtiges Anliegen), pazifistisch (nicht immer leicht, aber ich habe den Anspruch) und antifaschistisch (z.B. aktiv im regionalen Bündnis gegen rechts) unterwegs: hier auch in der AG Attac gegen rechts!

Ich lebe teilweise in einem kleinen Dorf bei Euskirchen und bekomme täglich hautnah die Leiden des ÖPNV mit, nicht nur daher planen wir schon länger eine VA im großen Bündnis zum Thema „Verkehrswende auf dem Land“.

Für 2025 habe ich mir den Hut für einen Attac-Stand auf dem evangelischen Kirchentag (DEKT) aufgesetzt: 2023 habe ich dort den Attac-Stand in Nürnberg vor Ort, aber auch schon im Vorfeld unterstützt. Dabei war ich von den (auch jungen) Menschenmassen beeindruckt, die dort zu erreichen sind und faktisch an unseren Stand zum Gespräch oder zur Unterschrift kamen.

Diese Aktivität für Attac bewegt mich auch zu dieser Bewerbung.

Von Beruf Diplom-Sozialpädagogin (mit Weiterbildung zur zertifiz. Mediatorin), daher bin ich wahrscheinlich auch in der Attac-Awarenessgruppe.

Lange Zeit (bis 2023) war ich Betreiberin einer Kunstgalerie mit dem Anspruch Kunst und feministisch-pazifistisch-antifaschistische Gesellschaftspolitik im Rahmen der Ausstellungen zu verbinden! Dieser Anspruch treibt mich immer noch an und dass auch der ökologische politische Kampf diese Überschriften trägt ist klar.

Ich bin und bleibe Mitglied der Linken (seit der letzten Bundestagswahl) - außerdem bin ich Buddhistin.

Ich bin Mitglied der Lebenslaute (Musik an politisch brisanten Plätzen; 2024 in Thüringen), leider derzeit nicht aktiv, da ich eine langwierige Erkältung hatte.

9.4. Annette Schnoor – West

Regionalgruppe Bochum

Zu mir: Ich wohne in Bochum, bin 78 Jahre alt und habe 2 erwachsene Kinder. Ich habe die meiste Zeit meiner Erwerbstätigkeit in einem Konzern der Metall- und Elektroindustrie verbracht, war viele Jahre im Betriebsrat und später Referentin in der Bildungsarbeit der IG Metall.

Attac und andere Aktivitäten:

Ich bin seit 2005 Attac Mitglied und habe damals im Bochumer Sozialforum mitgearbeitet. Zwischendurch habe ich Attac etwas aus den Augen verloren, aber bei der Wiederbelebung der Bochumer Gruppe 2019 war ich dabei. Außer in der Attac-Gruppe engagiere ich mich seit Jahren in antirassistischen Initiativen und Netzwerken für Geflüchtete.

Für mich sind unsere regionalen Attac-Aktivitäten sehr wichtig und ich habe auch bei der Organisation der Attac-NRW Treffen mitgemacht. 2022 wurde ich in den Rat und 2023 in den Kokreis gewählt. Dort habe ich in der Ratschlag-VG und bei der SoAk-Vorbereitung mitgearbeitet und war in der PG Energie-Kolonialismus und im Flinta*-Plenum aktiv. Ich habe außerdem Attac vertreten beim Bündnis „Widersetzen“ im Rahmen der Proteste gegen den AfD-Parteitag in Essen und bei der Kampagne „Menschenwürde verteidigen - AfD – Verbot Jetzt“

Was mich bewegt:

Mir ist es – auch aus meiner Biografie – ein zentrales Anliegen, ökologische und soziale Aspekte und Forderungen miteinander zu verbinden. Aktuell liegt mir auch der Kampf gegen die Rechtsentwicklung sehr am Herzen und es ist mir wichtig, dass Attac durch Analysen und Aktionen dabei sichtbar wird. Ich möchte gern im Rat weiter daran arbeiten– auch mit der Absicht, patriarchale Prägungen zu hinterfragen und Geschlechtergerechtigkeit mehr Raum zu verschaffen.

9.5. Brigitte Nestle – Süd

Ich arbeite seit 2021 im Rat. In den Perioden 2021-2022 und 2022-2023 als Vertreterin der BAG Europa (zusammen mit Ingeborg Schellmann); in der Periode 2023-2024 für die Region Süd, als Mitglied der Ratsvorbereitungsgruppe.

Die (kleine) Attac-Regionalgruppe Nürnberg, in der ich seit 2008 aktiv bin, unterstützt meine Kandidatur. Eingestiegen in Attac bin ich in der Regionalgruppe Tübingen, über die Gruppe Feminist Attac. Ich bin Fachredakteurin für Berufskunde, d.h. ich arbeite in einem privaten Verlag an der Erstellung von Medien zur Berufsorientierung mit, meist im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. Ich war einige Jahre Betriebsratsvorsitzende und

Mitglied im Bezirksvorstand der IG Medien Nordbayern. Ich bin 72, also schon in Rente, arbeite jedoch neben der Rente noch 12 Wochenstunden. Ich bin Mitglied von VerDi. Ich bin in keiner Partei.

Meine Arbeitsschwerpunkte

Wichtig ist mir ein kapitalismuskritischer Blick auf ökonomische und soziale Themen und die Suche nach umsetzbaren Alternativen (z.B. Mitarbeit in der AG Wohnen des Sozialforums Nürnberg und bei der Organisation des Kongresses „Vergesellschaftet Bayern“). Aktiv bin ich auch in feministischen Gruppen (bundesweites feministisches Streikbündnis, in einer feministischen Gruppe in Nürnberg und im Attac-FLINTA-Plenum).

Die Weiterentwicklung globalisierungskritischer Perspektiven ist für mich ein zentrales Anliegen. Ich war Mitglied der Moderationsgruppe „Erneuerungsprozess“. Aktuell arbeite ich in der Attac-Projektgruppe, die einen „China-Kongress 2025“ vorbereitet. Sei vielen Jahren bin ich Mitglied der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko.

Arbeit im Rat

Ich werde mich weiterhin für eine sachliche, wertschätzende Diskussionskultur einsetzen. Ich hatte mich z.B. für die Bestätigung der Anerkennung der BAG Globalisierung und Krieg ausgesprochen, obwohl ich mit einigen Positionen und Vorgehensweisen dieser BAG nicht einverstanden war. Im Netzwerk Attac sollte es genügend Zeit und Raum geben, um unterschiedliche Sichtweisen zu aktuellen gesellschaftlichen Kontroversen zu diskutieren. Administrative Maßnahmen sollten nur ergriffen werden, wenn alle Gesprächsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Gerne würde ich in der Rats-Vorbereitungsgruppe weiterarbeiten.

Inhaltlich sind mir für die Ratsarbeit folgende Themen besonders wichtig:

- Entscheidungen auf der EU-Ebene, die Auswirkungen auf zentrale Attac-Themen haben
- Kampf gegen die Rechtsentwicklung
- Eine noch stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte
- Geschlechtergerechtigkeit sollte bei allen Diskussionen/Entscheidungen mitbedacht werden.

Ich muss meinen Haupturlaub immer in den Oktober legen. Daher kann ich nicht am Herbstratschlag teilnehmen.

9.6. Carmen Junge – Mitte

Das bin ich

Lohngearbeitet habe ich bis 2021 (bis 2018 Leitung eines Medizintechnik-Unternehmens, danach in der Organisations- und Geschäftsfeldentwicklung). Seitdem engagiere ich mich in diversen Projekten in Politik und Gesellschaft, die mir am Herzen liegen. Im April dieses Jahres bin ich nach 50 Jahren Frankfurt/Main in ein gemeinschaftliches Wohnprojekt auf's Land gezogen. Ich habe zwei erwachsene Kinder und bin 64.

Attac-Engagement

Seit ca. 2015 bin ich Mitglied bei Attac, zunächst passiv und seit 2018 auch aktiv in Frankfurt/Main. Trotz Umzug unterstütze ich weiterhin die Frankfurter Strukturen, solange es notwendig bzw. sinnvoll ist. Von 2022 bis jetzt war ich Mitglied im KoKreis von Attac Deutschland. Schwerpunkte dort waren der Erneuerungsprozess, die internationale Arbeit und die Koordination der #ISSO-Webinare. Auch den Kampagnenfindungsprozess habe ich teilweise begleitet.

Deshalb kandidiere ich für den Rat

Attac ist der Zusammenhang, wo ich mich zugehörig fühlen möchte, um gemeinsam für eine bessere Welt zu streiten. Ich möchte weiterhin dazu beitragen, dieses wertvolle Netzwerk mit seinem vielfältigen Wissen strategisch, organisatorisch und inhaltlich weiterzuentwickeln und wirksamer zu machen.

2. Oktober 2024

9.7. Emilio Alfred Weinberg – MGO Dachverband kritische Aktionär*innen

Ich kandidiere wieder für die MGO Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre.

Vor allem meine Mitarbeit in der AG Internationales möchte ich gerne fortsetzen.

Da ich zur Zeit noch erkrankt bin, kann ich nicht persönlich am Ratschlag teilnehmen.

9.8. Harald Porten – Süd

Regionalgruppen Böblingen und Singen-Radolf

Erstmals gewählt 2017

Bestätigt 2018, 2019, 2021, 2022, 2023 jeweils mit dem Mandat der Regionalgruppe Böblingen, die ich 2003 mitgegründet habe

Als Rat tätig unter anderem
in der Ratsarbeitsgruppe Gruppenunterstützung, den „Gruuppies“
in der Ratsarbeitsgruppe Internationales
bei der Erstellung von Factsheets in der Projektgruppe Energie

bei der Vorbereitung des Debattentags in Duisburg 2023
bei der Vorbereitung der Sommerakademie in Marburg 2024

Parallel zu meiner Fördermitgliedschaft in Attac, bin ich Mitglied der IG Metall und des „Vereins für ganzheitlichen Journalismus“ in Stuttgart

9.9. Hendrik Küster - Süd

Ich bin 31 Jahre alt, neben Attac- auch Verdi-Mitglied und in keiner Partei. Seit ca. zehn Jahren bin ich in der Regionalgruppe Bamberg aktiv. Ich kandidiere für den Rat als Vertreter für die Region Süd.

Seit 2021 bin ich Mitglied im KoKreis. Schwerpunkte von mir waren Junges Attac und die Moderationsgruppe für den Erneuerungsprozess. Ich habe mich lokal und überregional an vielen Aktionen für globale (Klima-) Gerechtigkeit beteiligt und als Themenschwerpunkt mich in verschiedenen Bündnissen gegen Krieg und Militarisierung eingesetzt.

Mitte der letzten KoKreis-Periode habe ich (wie vorher angekündigt) aus beruflichen Gründen meine politischen Aktivitäten deutlich reduziert (weshalb ich auch bei diesem Herbststratschlag nicht dabei sein kann). Weil ich ab Frühsommer wieder mehr Kapazitäten habe, kandidiere ich für den Rat, um ab dann meinen Aktivismus wieder auszubauen. Ich möchte dazu beitragen, die Bundestagswahlen auch zu einer Abstimmung über Umverteilung zu machen und weiter daran arbeiten, antimilitaristische Perspektiven gegen das globale Kriegsregime aufzubauen.

9.10. Hugo Braun – MGO Euromärsche

Ich kandidiere wieder für den Rat für die MGO-Euromärsche.

Als Gründungsmitglied von Attac De gehörte ich viele Jahre bis 2022 dem Koordinierungskreis und verschiedenen seiner Arbeitsgruppen an. Von Beginn an war ich Mitglied der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Rat und KoKreis für Internationales. Dieses Engagement möchte ich auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen. Darüber hinaus vertrete ich die Interessen von Attac in dem Verein *Bildungskooperative für eine gerechte Globalisierung* (Bikoop).

9.11. Mechthild Kilian - Süd

Ich komme aus Rosenheim und bin in der Rosenheimer Regionalgruppe und für Attac Rosenheim im NoAfD-Bündnis aktiv. Hier haben wir diesen Herbst wieder eine sehr beeindruckende Veranstaltungsreihe auf die Beine gestellt.

Für Attac bin ich ebenfalls die Vertreterin im Z- Linkes Zentrum, ein

selbstorganisierter linker Raum. Viele politische Veranstaltungen unterschiedlicher Gruppen, Küche für alle oder seit kurzem eine Bezahlkarteninitiative. Ein breites Spektrum!

Bundesweit bin ich in der AG gegen Rechts und im FLINTA* Plenum aktiv. Beide Arbeitszusammenhänge umreißen den inhaltlichen Schwerpunkt meiner politischen Arbeit bei Attac.

Antifeminismus ist ein wesentlicher Bestandteil extrem rechter Ideologie. Die AfD ist eine antifeministische Partei, mit der Idee einer "Volksgemeinschaft" aufbauend auf einer patriarchalen, zweigeschlechtlichen, heteronormativen Ordnung. Die Kontrolle über reproduktionsfähige Körper ist eine logische Folge ihres völkisch-rassistischen Denkens. Ich bin für ein Verbot der AfD und für eine Abschaffung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Sich dafür stark zu machen halte ich auch innerhalb von Attac für sehr wichtig.

Im Rat war ich bisher in zwei Wahlperioden vertreten. Da ich wegen einer Covid-Infektion etwas länger angeschlagen war/bin hatte ich überlegt aufzuhören, mich aber nun doch zu einer Kandidatur entschlossen. Da die Arbeit im Rat mir auch immer viel Spaß gemacht hat, natürlich nicht nur 😊. Es ist schön, über einen längeren Zeitraum mit doch eher gleichgesinnten Menschen zusammenzuarbeiten. Danke dafür!

Feministische Grüße

Mechthild Kilian, Regionalgruppe Rosenheim

9.12. **Michael Schramm – Nord**

Ich bin 67 Jahre alt und wohne am Stadtrand von Hamburg, im niedersächsischen Seevetal. Nach einem Studium der Literaturwissenschaft und Geschichte kam ich auf Umwegen zur IT und war zuletzt europaweit für die technische IT eines Handelskonzerns verantwortlich. Seit 2022 bin ich im Ruhestand und alle vier Kinder sind aus dem Haus, sodass ich endlich Zeit für politisches Engagement finde.

Attac

...unterstütze ich seit vielen Jahren. Aufgrund der vielfältigen Themen und der offenen Organisationsstruktur war daher klar hier mein Ansatzpunkt fürs Aktivwerden.

Meine Schwerpunkte liegen im internationalen Bereich: Rohstoff- und Handelspolitik, Globaler Süden, Unterstützung für Geflüchtete, globale sozial-ökologische Wende und damit Überwindung des Kapitalismus.

Ich war bisher in der Lithiumkampagne aktiv – die wir ja zu einer breiteren Kampagne „RohstoffEnergieHunger“ in Richtung global gerechte Rohstoffwende ausbauen wollen. Lithium aus Argentinien, Bolivien und Chile für die Mobilitätswende sowie Wasserstoff für die europäische Industrie sind

Beispiele für die Kontinuität des neokolonialen Extraktivismus.
Darüber hinaus bin ich in der Vorbereitungsgruppe für die #isso Webinare tätig, da politische Bildungsarbeit für mich sehr wichtig und für Attac konstitutiv ist. In diesem Zusammenhang würde ich gerne das Thema wissenschaftliche Expertise durch einen Beirat (wieder)beleben.
Ich möchte gerne über diese konkreten Arbeitsschwerpunkte hinaus gemeinsam mit anderen mehr Verantwortung für die politische Gestaltung und Weiterarbeit von Attac übernehmen – daher diese Bewerbung für den Rat. Sie wird von meinen Arbeitsgruppen unterstützt.
Ich gehöre keiner Partei an – bin aber klar parteiisch.

9.13. **Sophia Wagner – Süd**

Hallo, ich möchte als Vertreterin der AG ArbeitFairTeilen für den Rat kandidieren. Wer bin ich? Ich bin Sophia, bin 25 Jahre alt, lebe in Bamberg und studiere im Master Gesellschaftstheorie in Jena. Seit Beginn meiner Studienzeit im Jahr 2019 bin ich bei Attac aktiv. Zuerst über die Gruppe der Attacitos in Bamberg. Damit verbinde ich vor allem die Vernetzung mit weiteren lokalen und politischen Gruppen in Bamberg und die Möglichkeiten, die Attac als junger Mensch bietet; wir organisierten über die Attacitos Fahrten in den Danni, nach Lützerath oder zum Ende Gelände Sommercamp in Hamburg und konnten so einige Bamberger*innen für die Aktionen mobilisieren. Mir liegen diese Wald- und Kohlegrubenbesetzungen sehr am Herzen, weil ich es wichtig finde, für das Klima und gegen den Kapitalismus zu kämpfen und weil bei solchen Aktionen Solidarität und ein anderes gemeinsames Leben erfahrbar werden. Nicht zuletzt lernt man viele weitere Aktivist*innen kennen und fühlt sich ganz konkret wirksam, wenn am Ende des Tages der Baum, den man stundenlang besetzt hatte, noch steht und nicht gefällt wurde. Über anarchistische Arbeitsorganisation im Protestcamp Lützerath schrieb ich auch meine Bachelorarbeit.

Mein Interesse für Arbeitssoziologie führte mich auch dazu, dass ich mich 2021 der bundesweiten AG ArbeitFairTeilen anschloss. Die allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit halte ich für ein wichtiges und äußerst lohnendes politisches Projekt, für das es viele gute Gründe gibt; ökologische, feministische, gesundheitliche, beschäftigungspolitische oder ökonomische Gründe – und nicht zuletzt solche, die die Ermöglichung eines lebenswerten Lebens für alle und ihre Freiheit als Menschen betreffen. In der AG übernehme ich als das jüngste Mitglied hauptsächlich koordinierende Aufgaben, was von der Erstellung von Videokonferenzen bis hin zur Planung unserer Vortragsreihe zum Thema Arbeitszeitverkürzung reicht.

Um dies weiterhin tun zu können und zwischen der AG und gesamt-Attac zu vermitteln, Vorschläge einzubringen und Diskussionen weiterzutragen, möchte ich als Mitglied für den Rat kandidieren. Insbesondere möchte ich mich auch für junge Menschen in Attac einsetzen, damit bei Attac weiterhin Menschen verschiedenen Alters aktiv sind.

9.14. **Thomas Eberhardt-Köster – West**

Zu mir

Ich habe eine Lehre als Kaufmann gemacht und nach ein paar Jahren Berufstätigkeit über den zweiten Bildungsweg Betriebswirtschaft und später berufsbegleitend Politikwissenschaften studiert. Bis vor kurzem habe ich in einer Kommunalverwaltung gearbeitet und bin jetzt in Altersteilzeit. Ich bin 63 Jahre alt, habe zwei erwachsene Kinder und bin Mitglied bei verdi. Seit Ende letzten Jahres bin ich Mitglied der Linken.

Zu meiner Attac-Sozialisation

Seit 2002 bin ich in der Regionalgruppe Düsseldorf aktiv und arbeite dort in der AG „Lokal – global“ mit und engagiere mich im lokalen Bündnis Mobilitätswende. Ich arbeite bei Attac vor allem zu den Themen Wohnen, Mobilitätswende und seit letztem Jahr auch wieder verstärkt zum Thema Energie. Aktuell bin ich auf Bundesebene neben der Tätigkeit im Koordinierungskreis in der Kampagne für ein Klimageld und in der Kampagnengruppe einfach.umsteigen aktiv. Von 2012 bis jetzt war ich im bundesweiten Koordinierungskreis.

Zu dem, was ich mir für die kommenden zwei Jahre vorgenommen habe

Nach vielen Jahren im Koordinierungskreis möchte ich in den nächsten zwei Jahren wieder stärker im Rat aktiv sein und dabei mithelfen, die veränderten Arbeitsstrukturen auf Bundesebene (stärkere Zusammenarbeit Rat und Koordinierungskreis) mit Leben zu füllen.

9.15. **Törk Hansen – West**

Ich bin 74 Jahre alt und mittlerweile Rentner, nachdem ich als Maschinenbauingenieur und Informatiker beruflich tätig war. Ich bin seit 2020 Mitglied in Attac und bereits vorher in der Bochumer Gruppe aktiv geworden, als diese sich im Rahmen der Sommerakademie in Bochum neu formiert hatte. Ich bin bereits seit der letzten Wahl Mitglied im Rat und habe in dieser Zeit hauptsächlich in der Projektgruppe Energie - zuletzt mit dem Schwerpunkt Energiekolonialismus am Beispiel Namibia - gearbeitet. Außerdem habe in der Gruppenunterstützung mitgearbeitet. Ich würde diese Arbeiten im kommenden Rat fortsetzen und zusätzlich gern auch an der Vorbereitung der Ratssitzungen mitwirken.

Ich engagiere mich außerdem im Kampf gegen die Rechtsentwicklung, war aktiv bei dem Bündnis *Widersetzen* im Rahmen des AfD-Parteitags in Essen dabei. Dies entspricht auch meinen Aktivitäten vor Ort, wo ich neben der Arbeit in der Attac-Gruppe auch im Bündnis gegen Rechts und einer Initiative gegen Nazis in unserem Stadtteil mitarbeite. Außerdem versuche ich (als Mitglied von Attac) gemeinsam mit anderen eine Kampagne für mehr Bürgerbeteiligung in Bochum zu organisieren. Außerdem singe ich in einem politischen Chor „Chorrosion“.

9.16. **Ulrike Paschek – Nord**

Ich bin 60 Jahre alt und bei der RG Göttingen aktiv. Vor Ort vertrete ich meine Regionalgruppe im Göttinger Bündnis gegen Rechts. Bundesweit bin ich in der AG gegen Rechts aktiv. Ich bin seit einigen Jahren im Rat und dort vor allem in der Gruppenunterstützung, der Ratsvorbereitung und der Awarenessgruppe aktiv. Außerdem wurde ich auch in die Schlichtungskommission gewählt. Leider bin ich in diesem Jahr gesundheitlich ziemlich ins Hintertreffen geraten, sodass ich an vielen Dingen gar nicht teilnehmen konnte. Ich habe also vieles gar nicht mitbekommen, was in der Attac-Community so los war. Inzwischen geht es mir deutlich besser und meine zweite Reha-Maßnahme ist angelaufen. Diese soll mich auf eine Wiedereingliederung in die Arbeit vorbereiten. Ein Lichtblick. Das macht mir auf jeden Fall Mut und deshalb habe ich mich dazu entschlossen, wieder für den Rat und die Schlichtungskommission zu kandidieren. Allerdings werde ich das in Abwesenheit tun, da es mir immer noch schwerfällt, für mehrere Tage zu verreisen. Deshalb werde ich auch mit einigen Attacies Kontakt aufnehmen, die mich kennen und die bereit sind, mich bei den Wahlen vorzustellen.

Nun hoffe ich noch auf ein positives Votum und gute Beratungen beim Ratschlag und verbleibe mit herzlichen Grüßen aus Göttingen,

Ulrike Paschek

9.17. **Uta Lentföhr-Rathjen – Nord**

Persönliches:

Ich lebe in Neumünster, bin 66 Jahre alt, verheiratet und habe drei erwachsene Kinder und vier Enkel. Nach meiner Ausbildung zur und Arbeit als Krankenschwester, habe ich neben meiner Tätigkeit als Mutter 25 Jahre als Heilpraktikerin gearbeitet. Seit 4 Jahren bin ich nicht mehr berufstätig.

Politisches:

Ich bin feministisch, kapitalismuskritisch, globalisierungskritisch und eigentlich insgesamt ziemlich herrschaftskritisch. Das Gelingen eines grundlegenden ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels liegt mir am Herzen, weshalb ich mich seit Gründung unserer Regionalgruppe 2016 bei Attac vielfältig engagiere. U.a. in unserer Klima-AG, in der AG zum bedingungslosen Grundeinkommen, als Bildnerin für Transformatives (Ver)Lernen und als Finanzverantwortliche.

Zur Kandidatur:

In den Rat möchte ich mich wählen lassen, um in der Rats-AG Gruppenunterstützung zu einer guten Kommunikation zwischen den Regionalgruppen, die für mich einen besonders wichtigen Teil der Bewegung darstellen, und den weiteren Gremien von Attac, beizutragen. Da ich mich relativ kurzfristig zur Kandidatur entschlossen habe, kann ich leider aufgrund einer anderen Verpflichtung nicht am Herbstratschlag teilnehmen.

9.18. **Uwe Schnabel – Ost**

Geboren 1968, Asperger-Autist, nichtbinär - agender (ich identifiziere mich nicht mit einem Geschlecht).

Im Jahr 2002 bin ich über die AG Visionen zu Attac Dresden gekommen und seitdem dort engagiert. U.a. bin ich dort für die Internetseite zuständig. Daneben bin ich auch in vielen anderen Bereichen aktiv, z.B. in der Friedensbewegung, gehe häufig zu Fridays-for-future-Demonstrationen und -Kundgebungen und setze mich auch sonst für Klima- und allgemein Umweltgerechtigkeit ein. In Verbindung damit stehen meine Aktivitäten in der Eine-Welt-Politik, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen (ENS) und anderen Gruppen im Umfeld des Ökumenischen Informationszentrums (ÖIZ) Dresden. Seit den 1990er Jahren bin ich (queer-)feministisch aktiv, beispielsweise bei Aktionen am 8. März. Außerdem engagiere ich mich antirassistisch und antifaschistisch (z.B. beim Mahngang Täter*innenspuren im Umfeld der Aktionen zum 13. Februar in Dresden oder bei Brandmauer-Demonstrationen). Ich setze mich für Basisdemokratie, das Konsensprinzip, sowie für ein gleichermaßen selbstbestimmtes Leben für alle Menschen weltweit, einschließlich zukünftiger Generationen, ein. Dabei versuche ich, verschiedene diesbezüglich aktive Gruppen übereinander zu informieren und das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern. Auch bei Einwohner*innenversammlungen in meinem Heimatort habe ich mich für diese Themen eingesetzt, u.a. für faire Beschaffung, Demokratisierung, eine ökologischer Stadtentwicklung (z.B. weniger Neubau von 1-Familien-Häusern, Verbesserung des Klimaschutzkonzepts und für mehr Bevölkerungsbeteiligung daran), dezentrale Unterbringung von Geflüchteten usw. Auch in vielen anderen Bereichen bin ich in dieser Hinsicht aktiv. In den vergangenen 2.5 Jahren, seit meiner Mitarbeit im Attac-Rat (seit 2022), habe ich mich in Attac auf Bundesebene stark für Awareness, also der gegenseitigen Rücksichtnahme und Wertschätzung, eingesetzt. Auch habe ich dazu beigetragen, verschiedene Protokolle zu verbessern. Daneben habe ich mich u.a. in den Projektgruppen "Energie", "Struktur" und in der Projektgruppe zum Finden einer gemeinsamen Position zur Friedensproblematik engagiert. Durch meine Mitarbeit in der AG Gruppenunterstützung konnte ich den Informationsaustausch zwischen dem attac-Rat und u.a. der Attac-Gruppe Dresden weiter verbessern. Dies würde ich gern fortsetzen wollen. Außerdem bin ich im FLINTA*-Plenum aktiv. Meine Erfahrungen und Fähigkeiten möchte ich weiter in den Attac-Rat einbringen. Insbesondere möchte ich dazu beitragen, die Diskussionen in Attac bei allen Meinungsunterschieden auf einer konstruktiven, sachlichen und gegenseitig wertschätzenden Grundlage ablaufen zu lassen. Bei meiner Urteilsbildung versuche ich, alle mir bekannten Standpunkte ins Blickfeld zu nehmen und zu berücksichtigen. Ich gehöre keiner Partei an, bin außer bei der IG Metall nirgendwo Mitglied, bin dort in Dresden Ersatzdelegierter und bekleide aber sonst keine Ämter bzw. Mandate. Ich bin sehr gewissenhaft und

verfolge meine Ziele mit Ausdauer und Motivation.
Mit der Unterstützung Eurer Stimme im Rat weiter aktiv zu sein, würde mich freuen.
Vielen Dank!